

Politische Berichte ★

Nummer 22/15. Jahrgang

3. November 1994

G 7756 D Preis 2,00 DM

Politische Berichte
Zeitung für sozialistische Politik.
Erscheint vierzehntäglich. Einzelpreis: 2,00 DM. Jahresabo: 65 DM,
ermäßiges Abo: 39 DM, Förderabo: 78 DM

Redaktionsanschrift
GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln.
Hausadresse: GNN-Verlag, Zülpicher Straße 7, 50674 Köln.
Telefon: 0221/21 1658, Fax: 0221/21 5373

Unser Regierung
erfolgt nach dem ein-
fachen Grundsatz:
Leistung muß sich
wieder lohnen!



Sozialstaat vor dem Umbau“ betitelt die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA) ihren wenigen Tage nach der Bundestagswahl als Broschüre erschienenen Forderungskatalog an den Gesetzgeber.

Die Strategie der Kapitalistenverbände wird meist als „Umverteilung von unten nach oben“ beschrieben. Deutlicher wird jetzt aber, daß die schärfere soziale Differenzierung, die Betonung von „Stärkung der Subsidiarität“ nicht nur darauf abzielt, den ärmeren Schichten der Gesellschaft *Mittel zum Leben* zu entziehen, um sie der Kapitalakkumulation zuzuführen, sondern auch das Lebensrisiko der Mittelschichten deutlich erhöhen wird.

Die BDA stellt fest, es bestehe ein Widerspruch zwischen dem hohen und zunehmenden Wohlstandsniveau und einem immer größer werdenden und engmaschigeren sozialen Sicherungsnetz, woraus der Schluß zu ziehen sei: Ausbau der Eigenvorsorge. Zielgruppe ist die Mittelschicht, diejenigen Lohnabhängigen, deren Einkommen über dem Durchschnitt liegt und die in der Lage sind, Geldrücklagen zu bilden. Sie sollen ihre Lebensrisiken privat versichern, so verschwände auch ihr Interesse an den Leistungen der gesetzlichen Sozialversicherungen. Was aber, wenn das Vermögen vorzeitig wegen Krank-

Die Arbeitgeber greifen an

Arbeitgeberverbände legen Forderungskatalog an die Regierung vor

heit, Arbeitslosigkeit usw. verbraucht werden muß? Dann haben die Verlockungen mit Senkung der Abgabenlast, eigenverantwortlicher Bestimmung und ähnlichem an die Klippen des sozialen Absturzes geführt, und da das soziale Netz diese Risiken nicht mehr auf-fängt, wird der Absturz tief sein.

Die Polemiken des Kapitalistenverbandes gegen jede Art von „Grundsicherung“ gehören mit zu dieser Strategie: Kein „allgemeines Bürgergeld“ als garantiertes arbeitsloses Einkommen für jedermann“, denn das würde „faktisch wie ein Mindestlohn wirken und damit allen Notwendigkeiten zu einer stärkeren Differenzierung der Tariflöhne nach unten zuwiderlaufen“. Aus demselben Grund keine Mindestrente; der Abstand zwischen Einkommen aus Arbeit und Sozialeinkommen müsse „deutlich“ sein. Auch die „geringfügige, sozialversicherungsfreie Beschäftigung“ müsse erhalten bleiben.

Die strategische Linie — die Mittelschicht soll sich über privat angehäufte Geldmittel absichern; Beseitigung aller Mindestabsicherung für die, die kein Vermögen haben — bestimmt die Maßnahmen, die die BDA vorschlägt.

Krankenversicherung: Unter dem Schlagwort „Begrenzung der Umverteilung“ wird vorgeslagen, daß die beitragsfreie Mitversicherung von Familienangehörigen eingeschränkt wird. Bisher hat ein Verheirateter, der mehr als etwa 5000 Mark brutto im Monat verdient, der sich also privat versichern könnte, weil er über der Pflichtversicherungsgrenze liegt, dennoch oft die gesetzliche Versicherung vorgezogen: Denn dort mußte er anders als bei einer

Privatkasse für seine nicht verdienende Ehegattin keine Beiträge zahlen. Wenn dieser Vorteil entfällt und die gesetzliche Krankenversicherung sich auf das „medizinisch Notwendige“ beschränken muß, während die Privatkassen ein „entsprechendes Ergänzungssangebot“ anbieten, treibt das den Privatkassen neue Kundenschaft zu — Abhilfe könnte nur eine Anhebung der Versicherungspflichtgrenzen schaffen, die aber von der BDA scharf abgelehnt wird.

Die Kapitalistenverbände haben die Einschränkung der *Lohnfortzahlung im Krankheitsfall* als Zielpunkt nicht aufgegeben. Sie verlangen: schärfere Kontrollen durch Vertrauensärzte; zeitliche Staffelung bei der Höhe der Lohnfortzahlung (Abschläge in den ersten zwei Wochen); die Ärzte müßten auf der Arbeitsunfähigkeitbescheinigung dem Arbeitgeber so detaillierte Angaben machen, daß dieser feststellen könne, ob „ein Verschulden des Arbeitnehmers an seiner Arbeitsunfähigkeit“ vorliege. Ferner sollen kurzfristig Beschäftigte keinen Anspruch auf Lohnfortzahlung bei Krankheit mehr haben.

Bei den Renten verdient folgende Forderung Beachtung: „Ergreifung von Maßnahmen zur Verlängerung der Beitragszeit und zur Verkürzung der Rentenlaufzeit“. Die (bereits reduzierte) Anrechnung von Ausbildungszeiten an Schulen und Hochschulen soll durch eigene Beitragszahlungen (Nachzahlungen nach Ende der Ausbildung) ersetzt werden. Auch das wird den privaten Lebensversicherern Aufschwung verschaffen. Umgekehrt wird die „Verkürzung der Rentenlaufzeit“, d.h. die beschlossene Heraufsetzung des Renten-

beginns auf das 65. Lebensjahr, erst dann richtig greifen, wenn die Abschläge für vorzeitige Inanspruchnahme, wie von der BDA gefordert, „versicherungsmathematisch exakt“ vorgenommen werden, sprich: der materielle Zwang zur Arbeit bis zum Gehichtmehr für Menschen mit Niedriggekommen noch einmal geschärft wird, weil eine vorgezogene Rente zu niedrig wäre.

Bei der *Unfallversicherung* fordern die Kapitalisten eine Ausgliederung der Wegeunfälle, die inzwischen einen erheblichen Anteil an den Versicherungsfällen ausmachen (besonders bei tödlichen und schwersten Unfällen). Dabei wird dreist behauptet, diese Unfälle hätten nichts mit der unternehmerischen Haftung zu tun — als ob der Ort der Firmenansiedlung und die damit erzwungene Mobilität nicht Entscheidung des Unternehmers wären. Die vorgesetzte Überwälzung auf die Kfz-Haftpflicht bzw. private Unfallversicherungen zielt wiederum in Richtung Abbau der gesetzlichen Versicherungen zugunsten der privaten. — (alk)

und ihr mußt
dafür lohnen!



Zeichner: E. Rauschbach

Roman Herzogs Signale aus dem Hintergrund

Im Streit um das Wahlrecht gibt der neue Bundespräsident jetzt Tips zur Wähler-Entreitung

Noch im Mai gab es in der Bundesversammlung eine rechte Mehrheit für Roman Herzog. Diese Mehrheit bestünde nach dem Gesamtergebnis des Superwahljahres nicht mehr. Eine hypothetische Rechnung, weil es bis zur nächsten Wahl weit hin ist und sich bis dahin allerhand ändern wird? — Ändern muß, meint der Bundespräsident.

Am 19. Oktober fragte ihn die *Bildzeitung*, was er davon halte, das Wahlrecht zu ändern, um den Einzug radikaler Parteien wie der PDS in die Parlamente zu verhindern. Antwort:

„Darüber wird seit langem gesprochen. Aber: Man kann die kleinen Parteien, die vom Bürger ins Parlament gewählt worden sind, nicht mit administrativen Tricks wieder hinauskatapultieren.“

tieren. Das würde die Politikverdrossenheit vieler Mitbürger nur fördern. Nur weil eine bestimmte Facette des Wahlergebnisses nicht paßt, darf man keine Wahlrechtsdiskussion anfangen.

Allerdings könnte man darüber reden, ob eine Partei mit Hilfe von Direktmandaten wirklich gleich mit der gesamten Stimmenzahl im Parlament vertreten sein muß.“

Herzog liefert seiner Partei damit eine präzise Vorlage für ein PDS-Aus-schaltungsgesetz, das den Schein wahrt.

Nachdem Grüne und SPD eine Wahlrechtsänderung wegen der sog. Überhangmandate zur Sprache brachten, nimmt der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, Jürgen Rüttgers, den Ball auf. Wenn über die diesmal für die Union günsti-

gen Überhangmandate geredet werde, dann auch über die Ausnahmeregelung von der Fünf-Prozent-Klausel, von der die PDS profitiert habe.

Ob es beim Gerede bleibt oder ob eine Änderung die PDS wegen Überschreitens der Fünf-Prozent-Klausel sowieso nicht treffen würde, kann im Moment dahingestellt bleiben.

Zu registrieren ist aber der Gebrauch des Amtes durch Roman Herzog. Der Bundespräsident hat u.a. die Aufgabe, die vom Parlament mehrheitlich beschlossenen Gesetze durch seine Unterschrift in Kraft zu setzen. Er kann die Unterschrift aus verfassungsrechtlichen Gründen verweigern. Dieser Funktion widerspricht es stark, eigene, detaillierte Gesetzesvorhaben auf den Weg zu bringen. Dies muß besonders in

einer Frage gelten, die — wie die empfohlene Wahlrechtsänderung — geeignet wäre, eine große Zahl von Wählerinnen und Wählern um ihr Stimmrecht zu bringen, was mit den Grundrechten nicht leicht in irgendeine Übereinstimmung zu bringen ist.

Warum hat die Union einen Verfassungsrechtler und -richter zum Präsidenten gemacht? Weniger weil sie einen Präsidenten wollten, der die Verfassung besonders hoch achtet, mehr weil ein Kenner in Momenten der Bedrängnis von den Schlupfwinkeln, Lücken und Umgehungswege weiß.

Mit seiner verkappten, unzulässigen Gesetzesinitiative hat Herzog signalisiert, was er auf dem Sektor Wahlrechtsänderung mitmachen würde.

Quellen: *Bild*, 19. 10. dpa, 27. 10. — (maf)

Weniger Mieterschutz und noch höhere Mieten

Erklärung des Deutschen Mieterbundes zu den Vorschlägen der Expertenkommission

Wenige Tage nach den Wahlen hat eine von der Bundesregierung beauftragte „Expertkommission“ ihre Vorschläge zur Änderung der Wohnungspolitik veröffentlicht. Die Wirtschaftspresse lobt das Papier, die Kommission habe „eine Lanze für den Markt gebrochen“, schreibt beispielsweise das „Handelsblatt“. Die SPD hat angekündigt, sie wolle diese Vorschläge im Bundesrat soweit wie möglich blockieren. Wir dokumentieren die Erklärung des Deutschen Mieterbundes zu dem Expertenpapier.

„Weniger Mieterschutz und noch höhere Mieten“ ist das Fazit des Deutschen Mieterbundes aus den mietrechtlichen Vorschlägen der sogenannten Expertenkommission der Bundesregierung. Der gesetzliche Kündigungsschutz soll durch weitere Ausnahmen ausgehöhlt und der Schutz vor überzogenen Mietforderungen faktisch aufgehoben werden, weil dann angeblich mehr in den Mietwohnungsbau investiert werden. Durch Erfahrungen sei aber längst widerlegt, so der Mieterbund, daß weniger Mieterschutz mehr Wohnungen schaffe. Der Deutsche Mieterbund sieht in den Kommissions-Vorschlägen eine massive Attacke auf das soziale Mietrecht, einen Kernbestandteil der sozialen Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland.

Dies werde insbesondere an folgenden Vorschlägen deutlich:

1. Mieter, die in einem Zwei- oder Drei-Familienhaus mit dem Vermieter unter einem Dach leben, sollen künftig keinen Kündigungsschutz mehr haben. Ihnen wird sogar der Schutz der sogenannten Sozialklausel genommen, mit der in Härtefällen eine Kündigung abgewehrt werden kann. Diese Mieter wären faktisch „vogelfrei“ und schutzlos der Kündigungswillkür sowie erpresserischen Vermieterforderungen ausgesetzt.



Wohnungssuche

2. Sogenannte qualifizierte Zeitmietverträge ohne Kündigungsschutz sollen künftig auf 10 Jahre ausgeweitet werden können (heute maximal 5 Jahre). Hat der Vermieter bei Vertragsabschluß eine konkrete Verwendungsabsicht (zum Beispiel Eigenbedarf oder Modernisierung), muß der Mieter die Wohnung bei Vertragsende räumen, wenn die Verwendungsabsicht nicht besteht. Andernfalls gilt das Mietverhältnis unbefristet weiter, dann allerdings mit Kündigungsschutz. Künftig soll sich der Vermieter noch für weitere 5 Jahre auf die ursprüngliche Verwendungsabsicht berufen dürfen. Der Mieter hätte keine Chance, sich gegen eine Kündigung zu wehren. Auch der Schutz der Sozialklausel gilt dann nämlich nicht.

Mit dieser Regelung kann der gesetzliche Kündigungsschutz unterlaufen werden, „Vorratskündigungen“ wären programmiert. Vermieter könnten von vornherein „auf Verdacht“ einen Eigenbedarfsanspruch in den Mietvertrag schreiben und sich dann 10 Jahre lang darauf berufen. Nach Ablauf von 5 Jahren säße der Mieter praktisch „auf einem Pulverfaß“.

3. Nach Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen soll es künftig nur

noch die kurze dreijährige Kündigungsverjährungsfrist bei Eigenbedarf des Erwerbers geben. Der nach mühsamer Diskussion erreichte Schutz einer fünf- bis maximal zehnjährigen Kündigungsverjährungsfrist soll aufgehoben werden. Die neue Regelung wäre ein „Freibrief“ für Umwandlungsspekulanten und würde eine Umwandlungs-Welle mit nachfolgender Mieterverdrängung auslösen.

4. Besteht ein Mietverhältnis mehr als 30 Jahre, sollen – so die Kommission – „die Vertragsbedingungen auch ohne berechtigtes Interesse im Sinne § 564b BGB“ (zum Beispiel Eigenbedarf) gekündigt werden können. Dies könnte, nimmt man den Vorschlag wörtlich, bedeuten, daß insbesondere ältere Mieter nach 30jähriger Mietdauer vor die Tür gesetzt werden können. Dies wäre aber eine aberwitzige Konsequenz. Wenn die Kommission etwas anderes will, sollte sie es auch deutlich sagen.

5. Im Mieterhöhungsrecht sollen alle Kappungsgrenzen gestrichen werden. Bisher darf die Miete im Vergleichsmietverfahren innerhalb von drei Jahren um höchstens 30 Prozent, bei älteren Wohnungen um 20 Prozent steigen. Die Regelung zur Mietpreisüberhöhung nach § 5 Wirtschaftsstrafgesetz, nach der Mietpreisvereinbarungen ord-

nungswidrig sind, die um mehr als 20 Prozent über der Vergleichsmiete liegen, soll ganz gestrichen werden. Bestehten bleiben soll nur noch der Mietwucher-Paragraph des Strafgesetzbuches, der wegen seiner strengen Voraussetzungen nur in Ausnahmefällen greift.

Das bedeutet: Gegen den Mißbrauch von Marktmacht und Mangelsituation durch überzogene Mietforderungen gibt es künftig keine Handhabe mehr, eine Mietenexplosion ist damit programmiert.

Fazit des Mieterbundes: Die Expertenkommission ignoriert nicht nur die hohe soziale Bedeutung der Wohnung für jeden Mieter, ihre Vorschläge sind auch unausgegoren und gehen an der Wirklichkeit vorbei. Dies wird auch nicht dadurch besser, daß die Kommission auch einige sinnvolle Detailverbesserungen des Mietrechts vorschlägt.

Die Folgen für die Wohnungsversorgung werden nach Auffassung des Deutschen Mieterbundes um so schlimmer sein, wenn auch der soziale Wohnungsbau abgeschaßt wird, wie dies die Kommission vorschlägt. Die Verantwortung für die Versorgung der Einkommensschwächeren und sozial Benachteiligten soll den Kommunen zugeschoben und im übrigen die soziale Sicherung durch das Wohngeld übernommen werden. Die Kommission nimmt offensichtlich nicht zur Kenntnis, daß es vor allem an bezahlbarem Wohnraum für Durchschnittsverdiener und Einkommensschwache mangelt, für die freifinanzierte Neubauwohnungen und Eigentum meist unerschwinglich sind. Sozialer Mietwohnungsbau und die Erhaltung einer ausreichenden Versorgungsreserve an sozialgebundenen Wohnungen sind nach Auffassung des Deutschen Mieterbundes auch weiterhin zwingend notwendig. Der Markt ist „sozial blind“, und Wohngeld schafft keinen neuen Wohnraum“.

Quelle: Presseerklärung des Deutschen Mieterbundes, Köln, 27. Oktober 1994

AKTUELL IN BONN

Ausländerbericht

Mit einem neuen Bericht über die Situation der ausländischen Bevölkerung in der BRD hat die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung versucht, ihr Eintreten für eine doppelte Staatsbürgerschaft und für die obligatorische Möglichkeit des sofortigen Erwerbs der deutschen Staatsbürgerschaft für hier geborene Kinder zu bekräftigen. Zehntausende Kinder würden Jahr für Jahr in der BRD nur aus Gründen des geltenen Staatsbürgerrechts als „Ausländer“ geboren, kritisierte Frau Schmalz-Jacobsen (FDP). Sie werde ihre Tätigkeit nur fortsetzen, wenn in den laufenden Koalitionsverhandlungen eine Beserung der Rechtsstellung der Ausländer vereinbart werde, kündigte sie an.

Gorleben: Töpfer will einlagern

Bundesumweltminister Töpfer hat die niedersächsische Umweltministerin Griefahn angewiesen, binnen zwei Wochen die erste Einlagerung hochradioaktiver Brennelemente im sogenannten „Zwischenlager“ in Gorleben zuzulassen. Der niedersächsische Ministerpräsident Schröder hat bereits angekündigt, die Landesregierung werde der Weisung folgen. Damit dürfte ab Mitte November die erste Ladung hochradioaktiver Brennelemente aus dem AKW Phillipsburg von Stuttgart nach Gorleben transportiert und dort „zur Abkühlung“ zwischengelagert werden. Niedersachsen hatte bisher den Transport verweigert, weil die damit beauftragte Firma mehrfach Auflagen der Aufsichtsbehörden nicht beachtet hätte, so daß der Transport nicht sicher sei.

aktiver Brennelemente aus dem AKW Phillipsburg von Stuttgart nach Gorleben transportiert und dort „zur Abkühlung“ zwischengelagert werden. Niedersachsen hatte bisher den Transport verweigert, weil die damit beauftragte Firma mehrfach Auflagen der Aufsichtsbehörden nicht beachtet hätte, so daß der Transport nicht sicher sei.

FDP: „Nationalliberale“ melden sich

Mit einem nationalliberalen Manifest haben sich Berliner FDP-Politiker jetzt in die Programmdebatte der Partei und die Vorbereitungen für den FDP-Parteitag im Dezember in Gera eingeschaltet. Das Thesenpapier, das u.a. von dem berüchtigten Rechtsaußen-Journalisten Zitelmann und Ex-Generalbundesanwalt von Stahl, einem leitenden Polizeibeamten sowie einem Bankier unterzeichnet ist, will die FDP auf einen Kurs „rechts von der Mitte“ (so die Bewertung des *Handelsblatts*) bringen, insbesondere durch einen scharfen Kurs auf dem Gebiet der „inneren Sicherheit“ und durch eine europäische Politik, die ähnlich wie Ex-FDP-Brunner für ein „Europa der Vaterländer“ eintritt. Kinkel und Rexrodt haben sich davon – wenngleich schwächerlich – distanziert. Rexrodt sprach davon, die Verfasser der Thesen tendierten zur

österreichischen FPÖ, das sei „nahezu gefährlich“ (siehe auch S. 11)

EU macht Druck für „freie Netze“

Die Europäische Kommission hat öffentlich vorgeschlagen, bereits im kommenden Jahr sogenannte „alternative Telekommunikationsnetze“ freizugeben. Als Nutzer solcher Netze kämen nach Ansicht der Kommission u.a. Bahnunternehmen, Energiekonzerne, Kabel-TV-Gesellschaften und andere große Konzerne in Betracht. Bisher soll lediglich der Telefondienst ab 1.1.1998 für private Nutzerfirmen „freigegeben“ werden. Mitte November will der Ministerrat der EU über diese Fragen beraten, die Veröffentlichung der EU-Kommission liegt dieser Tagung nun als Material vor. Insbesondere die Bundesregierung und die britische Regierung betreiben die weitere Liberalisierung der Telekommunikation. Sie versprechen sich davon eine Senkung der Kommunikationskosten der Konzerne.

Schalck-BND

In der Zeitschrift *Tango* (Nr. 42-44) berichtete Alexander Schalck-Golodkowski ausführlich aus seinem politischen Leben. Der frühere KoKo-Chef, ein Finanz- und Wirtschaftsunternehmer des Ministeriums für Staatssicherheit,

„war – nach Honecker, Mielke und Mittertag – einer der mächtigsten der DDR“ (*Tango*). Der Bericht dokumentiert: Einerseits war er hoher Offizier der DDR-Staatssicherheit. Er half der DDR vielfach aus der Patsche – u.a. durch geheime Waffenexporte. Andererseits arbeitete er seit Mitte der achtziger Jahre in erster Linie für Strauß und Schäuble und „für die Wiedervereinigung“. Damit beging er in seinen eigenen Worten gegenüber der DDR „Landesverrat“. Schalck könnte, je nach Opportunität, nach den Gesetzen der DDR oder denen der BRD angeklagt und verurteilt werden. Das wird er nicht: statt wie Mielke in Moabit lebt er in einer Villa am Tegernsee, statt wie Modrow von einer Klage bedroht wird er von den Medien hofiert.

Was kommt demnächst?

Am 4. November beginnt der Deutschenlandtag der Jungen Union in Berlin, er dauert bis zum 6. November. Ebenfalls am 4. November berät der Bundesrat. Die Konstituierung des Bundestages ist für den 10. November geplant. Am 24. November ist CDU-Parteitag, bis dahin will Kohl als Kanzler gewählt sein, d.h. sollen die Koalitionsverhandlungen abgeschlossen sein. Mitte Dezember beginnt in Gera der FDP-Parteitag.

Zweitregistergesetz auf dem gerichtlichen Prüfstand

Wilhelm Zechner zum Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht über die ÖTV-Verfassungsbeschwerde gegen das „Billigflaggen“gesetz

Am 5. April 1989 wurde das „Gesetz zur Einführung eines zusätzlichen Registers für Seeschiffe unter der Bundesflagge im internationalen Verkehr (Internationales Seeschiffahrtsregister – ISR)“, allgemein bekannt unter dem Kürzel „Zweitregistergesetz“, im Bundesanzeiger verkündet. Einziger Inhalt dieses Gesetzes mit dem langen Namen ist, deutschen Reedern die Möglichkeit zu eröffnen, ausländische Seeleute zu Niedrigstlöhnen und zu Herkunftslandbedingungen zu beschäftigen. So können sie zum Beispiel auf deutschen Schiffen Burmesen zu Bedingungen einsetzen, wie sie in Birma üblich sind, Philippinen zu philippinischen Bedingungen oder Angolaner zu angolanischen Bedingungen. Dazu müssen sie lediglich ihr Schiff in eine Liste beim Verkehrsminister eintragen lassen. Das ist der einzige Regelungsinhalt dieses Zweitregistergesetzes.

Parlamentarier, die nur ihrem Gewissen verpflichtet sind, nicht etwa den deutschen Reedern, haben das Gesetz beschlossen. Außer den Profitinteressen der Reeder gibt es jedoch keine vernünftigen, nachvollziehbaren Gründe für das Gesetz.

Zwar sind in der Begründung zum Gesetzentwurf einige Ziele aufgeführt, die mit dem Gesetz erreicht werden sollen, zum Beispiel die langfristige Sicherung der qualifizierten Arbeitsplätze der deutschen Seeleute an Bord, die Gewährleistung der Versorgungssicherheiten im Krisenfall und Beibehaltung des besonders hohen Schiffs-sicherheitsstandards. Unabhängig davon, daß wir, nachdem das Zweitregister nun fünf Jahre in Kraft ist, feststellen können, daß keines der angeblichen Ziele erreicht werden konnte, stellt sich die Frage, ob der Zweck die Mittel heilig, das heißt, ob wir bereit sind, zur Erreichung der Ziele Arbeitsbedingungen, wie sie in der „Dritten Welt“ üblich sind, im deutschen Rechtsgebiet zu akzeptieren. Wenn man die deutsche Auto-industrie damit retten wollte, daß man die türkischen ArbeitnehmerInnen bei Mercedes-Benz in Stuttgart zu anatolischen Bedingungen beschäftigte, gäbe es einen Aufschrei in der Bundesrepublik.

Die Erfahrungen, die in den letzten fünf Jahren mit dem Zweitregistergesetz gemacht wurden, sind erschreckend genug. Der Gewerkschaft ÖTV sind Fälle bekannt, wo indische Seeleute für 250 US-\$ im Monat acht Stunden täglich, auch an Sonntagen und Feiertagen, arbeiten mußten. Diese 250 US-\$ schlossen auch die Bezahlung für Urlaub und alle geldwerten Leistungen ein. Mit Strafkatalogen werden die ausländischen Seeleute unter Druck gesetzt. An Essen, Waschpulver und Seife wird gespart. Die Seeleute sind Zwangsmitglied ihrer Herkunftsland-gewerkschaft. Es ist ihnen verboten, sich mit anderen Gewerkschaften oder der Internationalen Transportarbeiter-föderation (ITF) in Verbindung zu setzen. Seeleute können aufgrund schlechter Leistungen, aus medizinischen

Gründen oder wegen schlechter Führung ausgetauscht werden. Der Gewerkschaft ÖTV ist ein dreiseitiger Strafkatalog bekannt, der penibel alle denkbaren Verstöße von Besatzungsmitgliedern und die dafür vorgesehnen Strafen aufführt. Für 42 Verstöße ist als Strafe die Kündigung vorgesehen, wobei als erster Verstoß der Beitritt zu einer anderen Gewerkschaft aufgeführt ist. Darüber hinaus enthält der Katalog noch weitere zehn Verstöße, deren Bestrafung im Ermessen des Kapitäns liegt, darunter zum Beispiel „jeder andere kleine Verstoß, der ohne Folgen für das Schiff ist“. Es ist an alles gedacht. Auch „ungebührliches Benehmen gegenüber Vorgesetzten“ kann vom Kapitän mit Strafe belegt werden. Der Kapitän als Strafrichter! „Bounty-Zeiten“ feiern fröhliche Urstände. Es fehlt nur noch das Auspeitschen.

Die Gesetzesinitiatoren werden nicht müde, das Zweitregistergesetz als Erfolg in der Öffentlichkeit darzustellen. Wie die Erfolgsbilanz jedoch aussieht, zeigen die folgenden Fakten. Entgegen dem Ziel der Gesetzesinitiatoren, das Ausflaggen deutscher Schiffe zu stoppen,

ist dieser Prozeß in den letzten Jahren sogar noch beschleunigt worden. Zehn Schiffe pro Monat tauschen im Durchschnitt seit 1992 die deutsche Flagge gegen eine Billigflagge aus. Allein von den Schiffen mit einer Größe von über 1600 BRT haben von 1991 bis 1993 196 die Flagge gewechselt (siehe auch Grafik). Die deutsche Handelsflotte hat rapide

abgenommen von 853 Schiffen im Jahre 1991 auf 660 Schiffe 1994 (siehe auch Grafik). Die Arbeitslosigkeit der Seeleute liegt bei über 20 Prozent. Die Zahl deutscher Seeleute hat von 18687 im Jahre 1991 auf 11956 im Jahre 1994 abgenommen. Mit dem Zweitregistergesetz wurde also keines der angeblichen Ziele erreicht.

Die ÖTV hat im Frühjahr 1990 gegen das Zweitregistergesetz eine Verfassungsbeschwerde eingereicht, die Bundesländer Schleswig-Holstein und Bremen ein Normenkontrollverfahren eingeleitet.

Nach Ansicht der Kläger verstößt das Zweitregistergesetz gegen mehrere Artikel unserer Verfassung. Die Ungleichbehandlung von Arbeitnehmern aufgrund ihrer Heimat und Herkunft verstößt zum Beispiel gegen Artikel 3 Abs. 3 des Grundgesetzes.

Auch gegen die Artikel 9 Abs. 3 (Vereinigungsfreiheit), Artikel 12 (Berufsfreiheit), Artikel 20 (Sozialstaatsgebot) und Artikel 27 (einheitliche Handelsflotte) verstößt das Gesetz nach Ansicht der Kläger.

Am 25. Oktober hat die mündliche Anhörung vor dem Ersten Senat des Bundesverfassungsgericht stattgefunden.

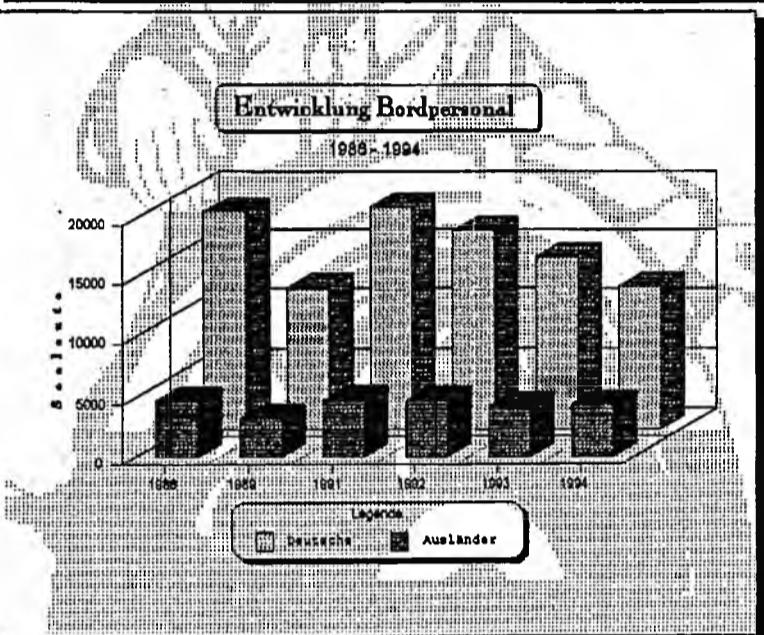
Die Entscheidung des Gerichts soll am 10. Januar verkündet werden.

Wilhelm Zechner ist Mitarbeiter der ÖTV-Hauptverwaltung, Abteilung Seeschiffahrt und Fischerei.



SEELEUTE AUF SCHIFFEN UNTER DEUTSCHER FLAGGE

Seeleute	1986	1989	1991	1992	1993	1994
Deutsche	18240	11816	18687	16661	14446	11956
Ausländer	4783	3261	4807	4807	4301	4448
gesamt	23023	15077	23490	21468	18747	16404

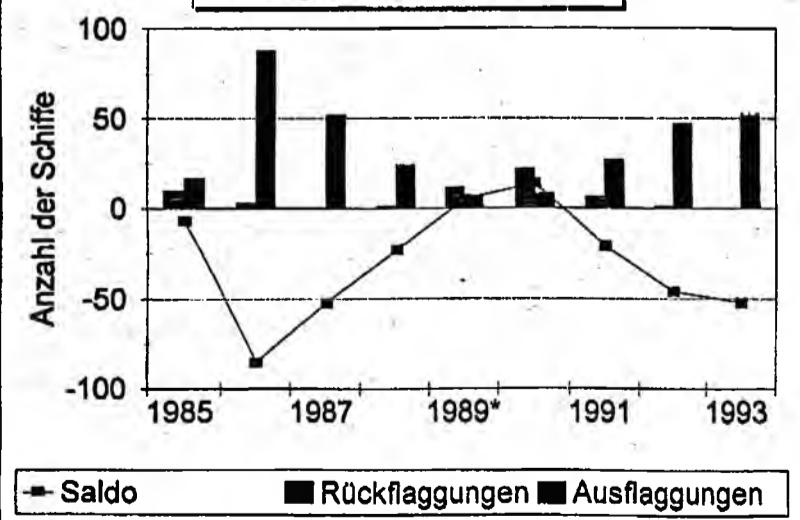


AUSFLAGGUNGEN UND RÜCKFLAGGUNGEN SEIT 1985

Schiffe über 1.600 BRT Quelle: Verband deutscher Reeder

Jahr	Ausflaggungen		Saldo
	Anzahl	Anzahl	
1985	17	10	-7
1986	88	3	-85
1987	62	0	-62
1988	24	1	-23
1989*	7	12	5
1990	8	22	14
1991	27	6	-21
1992	47	1	-46
1993	52	0	-52

Ausflaggungen seit 1985



* Einführung 2. Schiffsregister

Den Reichen paßt das nicht

Interview mit Gloria Echeveste und Julio Paralta von der MLN (Uruguay)

Das folgende Interview entnahmen wir leicht gekürzt der „Göttinger Drucksache“ Nr. 164 vom 21. 10. 1994, die Gloria Echeveste und Julio Paralta anlässlich deren Besuchs als internationale Beobachter beim sog. Kaindl-Prozeß in Berlin interviewte. Die MLN – Tupamaros (Nationale Befreiungsbewegung) hatte sich als eine Stadtguerillaorganisation in den 60er Jahren gegründet; sie hat sich mittlerweile in eine politische Bewegung umgewandelt hat, die keinen militärischen Kampf führt.

■ Kommen wir zur Situation in Uruguay. Am 27. November sind dort Wahlen. Wie sieht ihr die Möglichkeit für die MLN, die Wahlen zu gewinnen?

Gloria: Die MLN arbeitet in der MPP (Bewegung für Volksbeteiligung), und diese ist Teil der Frente Amplio. Wir sehen schon die Möglichkeit, daß die Frente Amplio gewinnt.

Deshalb gibt es jetzt viel Gegenpropaganda, und ein Teil davon war eben auch die Schließung des Radio Panamericana (siehe Politischen Berichte Nr. 18) Die traditionellen Parteien haben eben Angst, daß die Frente gewinnt oder zumindest die zweitstärkste Kraft wird.

■ Letztes Jahr war in Frankfurt ein großer Kongreß der internationalen Solidaritätsbewegung in Deutschland. Er stand unter dem Motto „Reform oder revolutionärer Prozeß in Lateinamerika“. Dort wurde auch diskutiert, inwieweit für die Linke die Möglichkeit besteht, über Wahlen in den verschiedenen Staaten an die Macht zu kommen. Dabei wurden die Wahlen in Uruguay in einem Atemzug mit denen in El Salvador, Venezuela und Brasilien genannt. Die sind für die Linke nicht besonders gut ausgegangen. Denkt Ihr, daß die Wahlen in Uruguay auch von diesen Ergebnissen beeinflußt werden?

Gloria: Wenn Lula jetzt in Brasilien gewonnen hätte, wäre vieles einfacher geworden in Uruguay. So ist es sehr schwierig für ein so kleines Land wie Uruguay, das umrandet ist von so großen Ländern wie Brasilien und Argentinien – in Argentinien ist der faschistische, pro-US-amerikanische Menem an der Macht, in Brasilien Cardoso, von dem wir nicht genau wissen, was zu erwarten ist.

■ Wenn jetzt die Frente Amplio die Wahlen gewinnen würde – wie sieht Ihr die Chancen für tatsächliche Veränderungen in der Politik und im Leben der Menschen in Uruguay?

Gloria: Die Frente hat ein Regierungsprogramm, das nicht so links ist, wie wir es gut fänden.

Julio: Außerdem würde sie als Minderheit gegen die beiden traditionellen rechten Parteien regieren, die immer viel verhindern würden. Ein Beispiel: In Montevideo stellt die Frente den Bürgermeister Tabaré. Jedesmal, wenn er auch nur die geringste Veränderung vorschlägt oder wenn eine anstand, haben die beiden anderen Parteien dem massiv entgegengearbeitet.

■ Hat er denn in seiner Amtszeit schon Dinge in Montevideo tatsächlich bewegt?

Gloria: Doch, doch, er hat schon einiges erreicht. Daß er bis jetzt nicht mehr geschafft hat, liegt daran, daß es im Stadtparlament sehr viele Funktionäre gibt, die in den letzten Jahren von einer reaktionären Regierung eingesetzt wurden und die Veränderungen vielfach boykottiert haben.

■ Was für Veränderungen sind das?

Gloria: Es ist beispielsweise im Transportwesen viel getan worden. Es gibt neue Busse, und StudentInnen können umsonst bzw. sehr billig fahren. SeniorInnen können an Sonn- und Feiertagen umsonst fahren. Die Straßen sind ausgebessert worden, es wurden sehr viele Kindergärten neu geschaffen und subventioniert. Es hat neue Kliniken gegeben bzw. sie werden stärker subventioniert, ebenso wie Festakte oder kulturelle Veranstaltungen. Dadurch sind sie für mehr Menschen zugänglich.

Julio: Das mag alles sehr wenig erscheinen, aber für Uruguay ist es sehr viel. Viele Menschen sind auch immer noch sehr verwundert, insbesondere darüber, daß die Stadtverwaltung Kulturveranstaltungen mit unterstützt und auch an ihnen teilnimmt, daß z.B. auch traditionelle Karnevalstänze jetzt im Teatro solis (einem großen Theater in Montevideo; d. Red.) aufgeführt werden, zu dem das Volk bisher nie Zugang gehabt hat.

■ Welche Leute verwundert das?

Gloria: Den Reichen paßt das natürlich nicht. Die Stadtverwaltung hatte sich bisher darauf beschränkt, Strafen zu kassieren, Wasserleitungen und Stromkabel zu verlegen, und auch das haben sie alles nicht gut gemacht. Tabaré, der jetzige Bürgermeister, hat nun zum Beispiel bei den Busgesellschaften die Kooperativen unterstützt, nicht die reichen Gesellschaften. Es gibt gestaffelte Steuern, das heißt, die Armen bezahlen weniger als die Reichen.

■ Wie ist die Unterstützung für die Frente bzw. insgesamt für die Linke? Welche Bevölkerungsgruppen sind da zum einen in der Linken, zum anderen auch in der Unterstützung linker Politik am stärksten vertreten?

Julio: Es sind hauptsächlich ArbeiterInnen, RentnerInnen, StudentInnen, und ein Teil von dem, was früher mal die Mittelschicht war und jetzt nach unten abrutscht. Wenige Leute aus der höheren Klasse unterstützen die Frente, das sind Ausnahmen.

■ In El Salvador gibt es teilweise Armentviertel, die geschlossen die faschistische Arena unterstützen haben. Gibt es in Uruguay auch solche Phänomene?

Gloria: Nein, das gibt es überhaupt nicht.

■ Wie groß ist der Anteil der Mittelschicht bzw. der Reichen, die die rechten Parteien unterstützen?

Gloria: Das sind sehr viele. Ich kann keine genauen Zahlen nennen.

Julio: Es waren bei den letzten Wahlen etwa 65 bis 70%. Aber dabei sind auch viele, die nur aus „Tradition“ rechts wählen, und nicht, weil sie sich tatsächlich mit Politik beschäftigen.

■ Wie ist denn die Situation innerhalb der Linken? Gloria, du sagtest vorhin, daß das Programm der Frente dir nicht links genug ist. Was für Auseinandersetzungen und Unterschiede gibt es denn da?

Gloria: 1971 hat die Frente einen Plan mit 20 Punkten aufgestellt, die sehr revolutionär und fortschrittlich waren. Darunter war unter anderem die Verstaatlichung der Banken; der Wille, die Auslandsschulden nicht zu bezahlen; eine gerechte Verteilung des Landes, mehr Geld für Bildung, Gesundheits-

versorgung und Wohnungsbau. Die ArbeiterInnen sollten am Gewinn der Firmen teilhaben. Das ist jetzt nicht mehr so.

Julio: Durch die Diktatur ist die Frente ein bißchen weiter nach rechts gegangen. Es gibt sehr viele SozialdemokratInnen, und der Vorschlag, die Auslandsschulden nicht zu bezahlen, ist mittlerweile tabu.

■ Die MPP ist ja die Bündelung der radikalen Kräfte. Wie groß ist ihr Anteil an der Frente Amplio, und was für Einflußmöglichkeiten hätte sie in einer Regierung, tatsächlich linke Positionen zu vertreten?

Gloria: Es gibt in der Frente viele Diskussionen. Die MPP bildet nur einen kleinen Teil der Frente, der allerdings sehr klare Positionen hat und die auch immer deutlich zum Ausdruck bringt.

■ Wie ist dabei die Position oder die Rolle von Männern und Frauen?

Julio: Das Verhältnis ist nicht so, wie wir es gern hätten: Es sind immer noch mehr Männer als Frauen, die aktiv Politik machen. Obwohl Frauen auch WählerInnen dieser radikalen Gruppen

sind, sind sie nicht diejenigen, die Politik machen.

■ Soweit ich weiß, ist Uruguay ja eine sehr städtische Gesellschaft. Ihr habt vorhin gesagt, daß früher eine der wichtigen Forderungen der Frente eine gerechte Landverteilung war. Welche Rolle spielt die Landfrage denn in den politischen Auseinandersetzungen?

Gloria: Sie ist schon wichtig. Es wollen viel mehr Menschen Land haben, als du dir vorstellst. Das Land ist aber in der Hand von 500 Familien, und so können viele Menschen, die ein Stück Land bearbeiten wollen, das nicht machen. Und eben deshalb ist die Gesellschaft so verstädtert.

■ Das heißt, wenn es die Möglichkeit gäbe, auf dem Land ein Auskommen zu finden, würden viele Menschen wieder dorthin zurückkehren?

Gloria: Ja.

Vielen Dank für das Gespräch.

Quelle: Göttinger Drucksache, Geiststr. 1, 37073 Göttingen

Rechter Aufmarsch verhindert

Protest gegen Propaganda für „vereintes Tirol“

Mehrere tausend Menschen haben am 22. und 23. Oktober in der Tiroler Hauptstadt Innsbruck einen Aufmarsch Rechtsradikaler verhindert, die für ein „vereintes Tirol“ demonstrierten wollten. Schlagende studentische Verbündungen hatten aus Anlaß der Abtrennung des Südtirols vor 75 Jahren zu einem „Gesamt-Tiroler Festkommers“ eingeladen.

Trotz der Gegendemonstration, an der sich nach Aussage eines Sprechers der Tiroler Landesregierung 3500 Menschen beteiligten, konnten sich die Rechtsradikalen zu einer Veranstaltung in der Kongreßhalle der Stadt treffen. Für den Schutz der Faschisten sorgten die Behörden: Innsbruck glich einer belagerten Festung. Mehr als 1000 Beamte und Polizisten – nach Angaben der Landesregierung der bisher größte Polizeieinsatz im Bundesland Tirol –

schützten die Rechtsradikalen vor den Antifaschisten.

An dem „Festkommers“ nahmen auch militante sogenannte Südtiroler Freiheitskämpfer teil, die in den sechziger Jahren als Bombenwerfer auf sich aufmerksam gemacht hatten. Wenigstens verweigerten die Behörden dem wegen Anschlägen vorbestraften Rechtsradikalen Karl Ausserer den Einlaß in die Kongreßhalle. Nicht fehlten durfte bei diesem Stelldichein von Faschisten natürlich Prominenz aus der FPÖ. Neben zahlreichen weniger bekannten Charakteren besuchte auch der Generalsekretär der Partei, Walter Meischberger, die Veranstaltung und machte sich für „Tirol frei und ungeteilt“ stark. Ursprünglich wollte auch der ÖVP-Politiker und Völkerrechtler Felix Ermacora dabei sein; nachdem sich die Proteste häuften, zog er es aber vor, doch noch abzusagen. Quelle: Südd. Ztg., Junge Welt – (jüg)



Burschenschaftler in Innsbruck

„Der zivile Faschismus in der Türkei“

Gespräch von KURD-A mit dem Generalsekretär der PKK, Abdullah Öcalan

In den vergangenen Jahren konnten Beobachter ein deutliches Anwachsen nationalistischer und offen faschistischer Strömungen in der Türkei ausmachen. Militante Gruppierungen, darunter die Unterorganisation der im Parlament vertretenen Nationalen Heilspartei (MHP), zeichnen sich durch offenen Terror, Mord und Totschlag an kurdischen und türkischen Oppositionellen aus. Kein Geheimnis ist mehr, daß die offiziellen türkischen Spezialkriegs Kräfte wie „Özeltims“, Konterguerilla und Militäreinheiten sich größtenteils aus Mitgliedern der MHP zusammensetzen. Die nationalistische MHP und ihre Funktionäre haben andererseits einen starken Einfluß auf die politischen Positionen der islamisch-fundamentalistischen Bewegung.

Auf die Frage, warum der zivile Faschismus sich jetzt in der Türkei ausbreite, meinte Öcalan, daß schon bei der Gründung der türkischen Republik eine antirevolutionäre Haltung vorhanden gewesen sei, eine Position gegen jede Art von Revolution vorgeherrscht habe. (Der Republikgründer) Mustafa Kemal habe schon zu Beginn die griechische Invasion als Vorwand genommen, im Inneren des Landes Massaker durchzuführen. Zwischen 1925 und 1930 habe sich in der türkischen Republik ein faschistisches System herausgebildet.

Deshalb ist es nur logisch, wenn beim Anwachsen einer revolutionären Stimmung im Lande auch das antirevolutionäre Element stärker heraustrete. Als sich in den sechziger Jahren die kommuni-

nistischen Vereine gründeten, wurde auch die MHP gebildet, welche heute mit den Konterguerilla den Spezialkrieg mitführt.

Der Generalsekretär der PKK führte weiter aus, daß in den vergangenen Jahren „die Nationale Heilspartei (MHP) alles unternommen hat, um die PKK zu liquidieren“.

Propagandaslogans, wie, daß „Apo“ ein Diener der Armenier sei, haben dieses Ziel. „Sie (d.h. die MHP, Anm. d. Red.) wissen, daß wir uns um das anatolische Völkermosaik kümmern und daß wir dieses Völkermosaik lebendig halten wollen.“ Um die Völker, die Kulturen der Völker weiterhin zu unterdrücken, schieben sie der PKK extreme Dinge unter, meinte A. Öcalan.

Auf die Frage, wie es um die Zukunft der MHP bestellt sei, bemerkte A. Öcalan, daß die Krise in der türkischen Republik die Regierung dazu bewegen könnte, die MHP zu stärken und sie auch an die Macht zu bringen — gerade auch wenn man den Auflösungsprozeß der anderen Parteien betrachte. Vermutlich werde die MHP als starke Kraft mit in die Regierung einbezogen werden, und dies werde einen noch radikaleren Kampf in Kurdistan heraufbeschwören. Er halte das Erstarken der MHP für ein Signal für noch mehr Massaker und noch mehr Kontramarde.

Für die Richtigkeit: Adem Colak, Jan Cremer. Presseagentur Kürt-Alman Haber Ajansi, Täglicher Dienst für deutschsprachige Medien, Montag, 24. 10. 94 (aus CL)



Foto: Roland Röder

Aufteilung des Balkans nimmt neue Formen an

Die italienischen Faschisten fordern nun ganz Istrien

Seit Tagen befinden sich die Truppen des muslimischen Kriegsherrn Alija Izetbegovic vor allem im Norden und Nordwesten von Bosnien auf dem Vormarsch. Die Verschiebung der strategischen Balance weg von den Truppen des serbischen Kriegsherrn Karadzic hin zu den Söldnerhaufen des Muslims Izetbegovic zeichnete sich ab, als es zu der bosnisch-kroatischen Konföderation kam. Die Konföderation war ein Zweckbündnis mit dem Ziel, die Waffenlager der Truppen Izetbegovics zu füllen. Mehr hat sich bisher in dem Bündnis nicht getan. Die wirklich konzeptionellen Verhandlungen finden nun zwischen der Regierung der Bundesrepublik Jugoslawien und Kroatiens statt. Öffnung der Transportwege und Aufschaltung aller Telekommunikationseinrichtungen war das letzte Ergebnis solcher Verhandlungen. Während in Bosnien der Krieg eskaliert, werden in Zagreb und Belgrad die Weichen für die Neuorganisation des Balkans gestellt.

Das Ziel dieser Zusammenarbeit zwischen Milosevic und Tudjman ist dabei einigermaßen klar. Die Stärkung der Izetbegovic-Truppen über die offene bosnisch-kroatische Grenze soll deren Kampf gegen die Truppen Karadzic forcieren. Gleichzeitig entzieht die Regierung in Belgrad dem Kriegsherrn Ka-

radzic sämtliche Unterstützung. Die Folge ist der zwangsläufige Zusammenbruch der Truppen Karadzic. Der serbische Präsident verliert so mehrere gewichtige Gegenspieler aus der nationalen serbischen Opposition.

Der verstärkte Waffengang der Izetbegovic-Leute wird aber keineswegs allseits jubelnd. International häuft sich die Kritik an dessen Vorgehen. Der Kommandeur der UNPROFOR-Truppen in Bosnien, Rose, spricht von katastrophalen Folgen der Ausweitung des Krieges, vage wird von Nato-Gegenschlägen, nun aber gegen die Truppen Izetbegovics, orakelt. Zudem diskreditiert sich Izetbegovic in Bosnien wie international durch die brachiale Durchsetzung fundamentalistischer islamischer Strukturen in Bosnien. Der Imam von Sarajewo hat erst jüngst in einer Erklärung dazu aufgerufen, „allen europäischen Schund über Bord zu werfen“. In Mostar wird der Koran in den Schulen zwangsweise gelehrt. Ehen zwischen Muslimen und Nichtmuslimen sind verboten. Das Singen von Antikriegsliedern wird mit Strafe belegt. Und die muslimische Deklaration von 1971, verfaßt von Izetbegovic, die zum muslimischen Gottesstaat in Bosnien aufruft, wird zum programmatischen Dokument der jetzigen Politik.

Das Gespenst eines fundamentalisti-

schen islamischen Gottesstaat schreckt die westlichen Regierungen auf. Eine gemeinsame Front aus Milosevic, Tudjman und der Europäischen Union bildet sich heraus, um dies zu verhindern. Man läßt nun die Soldateska Izetbegovic solange gewähren, bis der Oberbösewicht Karadzic geschlagen ist, dann wird man Izetbegovic fallen lassen. Die kroatische und serbische Regierung werden dann Bosnien und den übrigen Balkan machtpolitisch unter sich aufteilen unter strategischer Kontrolle der führenden Mächte in der EU.

Wie die europäischen Staaten dabei vorgehen, zeigte sich erst jüngst am Beispiel Sloweniens. Überraschend ist vor kurzem der slowenische Außenminister Lojze Peterle zurückgetreten. Vorausgegangen war ein überraschendes Abkommen zwischen Slowenien und Italien über gutnachbarschaftliche Zusammenarbeit. Überraschend deshalb, weil nun seit Monaten ein heftiger Streit zwischen beiden Ländern über die Rückgabe von Ländereien und ehemaligen italienischen Besitzungen auf der Halbinsel Istrien vorausgegangen war. Seit der konservativ-faschistischen Regierungsübernahme in Italien haben vor allem die Faschisten wieder die Angliederung der vor dem zweiten Weltkrieg von Italien besetzten Gebieten an Italien gefordert. Nach der Vereinba-

Von Hardy Vollmer

lung hatte die italienische Regierung angekündigt, ihr Veto gegen die Aufnahme Sloweniens in die EU aufzugeben. Nun veröffentlichte aber eine Triester Zeitung ein geheimes Zusatzabkommen, das Peterle unterzeichnet hatte. Laut diesem Abkommen sollen rund 300 Häuser in slowenischen Küstestädten den italienischen Besitzern zurückgegeben werden. Zudem sollten die „Esuli“ — die ehemaligen italienischen Bewohner — ihre Besitzungen auf dem Teil des slowenischen Staatsgebiets zurückerobern dürfen, der vor dem zweiten Weltkrieg zu Italien, dem faschistischen Italien, gehörte. Nach Berechnungen in der slowenischen Presse werden somit rund 7000 Besitzungen in dem Zwei-Millionen-Einwohnerstaat in italienische Hände kommen. Ausverkauf eines Staates ist da noch der harmloseste Vorwurf. Noch war der Protest scharf in Slowenien, und der Außenminister mußte zurücktreten. Aber die Abhängigkeit des slowenischen Staates von der EU-Hilfe ist so groß, daß er dem weiteren Drängen der italienischen Regierung kaum genügend Widerstand entgegensetzen kann. Die slowenische Regierung ist nun bei den Verhandlungen mit Italien in die Defensive geraten. Prompt haben die italienischen Faschisten draufgesetzt. Sie fordern nun die Rückgabe ganz Istriens an Italien.

Weltspartag — Aktionstag der Erwerbslosen

Mannheim: Aktionen gegen Zwangsarbeit nach Bundessozialhilfegesetz

Den Weltspartag am 28. Oktober begingen Arbeitslosen- und Sozialhilfeinitiativen bundesweit als Aktionstag der Erwerbslosen. In Mannheim führten die Arbeitsloseninitiative, der AK Arbeitslosigkeit im DGB und der Arbeitslosentreff vor der Dresdner Bank einen Info-Stand durch unter dem Motto: „Streichen bei den Reichen statt Sparen bei den Armen!“

Ein wesentliches Anliegen der Arbeitsloseninitiative ist die Abschaffung der „Prämienarbeit“, mit der Sozialhilfeberechtigte zur Arbeit unter Tarif gezwungen werden. Dieses Ziel vertritt die Arbeitsloseninitiative auch in der „Sozialpolitischen Offensive“ (SPO), in der Vertreterinnen und Vertreter der Wohlfahrtsverbände, der Gemeinderatsfraktionen und der Stadtverwaltung über Möglichkeiten zur Eindämmung der zunehmenden Verarmung von Teilen der Bevölkerung diskutieren. Hier der Bericht eines Mitgliedes der Arbeitsloseninitiative. — (tht)

* * *

Schlimm genug, daß sozial ausgegrenzte Menschen dazu gezwungen werden, für einen Stundenlohn zwischen 1.—DM und 4.—DM Prämienarbeit zu verrichten („damit sich Leistung wieder lohnt!“). Noch schlimmer allerdings ist es, wenn mit dem Argument, viele Obdachlose und SozialhilfebezieherInnen oder Asylsuchende würden „freiwillig“ Zwangsarbeiten leisten, diese entwürdigende Ausbeutung auch noch gerechtfertigt wird. Die SPD-regierte Stadt Mannheim (also das Sozialamt) verhängt mit wachsender Begeisterung solche Zwangsarbeiten. Viele Kommunen verzichten von sich aus aufgrund einer politischen Entscheidung und der Einsicht, daß den Betroffenen damit in keiner Weise ein besserer Zugang zum regulären Arbeitsmarkt geebnet wird, ganz auf Prämienarbeiten. Aber auch hier gilt: „Mannem vorn!“

Auf der ersten Sitzung der AG Obdachlosigkeit im Rahmen der Sozialpolitischen Offensive wurde meine Aussage, in Mannheim würde das Sozialamt Menschen bestrafen, die sich weigern, „Prämienarbeit“ nach dem Bun-



dessozialhilfegesetz zu verrichten, in Zweifel gezogen. Ich erlaube mir, hiermit Beweise für meine Behauptung vorzulegen:

1. Ich zitiere aus dem Bericht des Sozialamtes (Dezernat III) der Stadt Mannheim „Sozialhilfe. Entwicklungen — Tendenzen 1988 — 1993“, Seite 54f:

„Hierfür (d.h. für Prämienarbeiten, H.H.) stehen rund 70 Einsatzstellen zur Verfügung, die sich hauptsächlich auf städtische Dienststellen und Verbände der Wohlfahrtspflege wie Diakonisches Werk, Caritasverband, Arbeiterwohlfahrt, Deutsches Rotes Kreuz und ähnliche verteilen.“ Weiter heißt es, bezogen auf das Jahr 1992: „Insgesamt sind demnach 397 Hilfeempfänger der Aufforderung, gemeinnützige Arbeit zu leisten, ohne plausible Erklärung nicht nachgekommen und müssen dafür mit Hilfekürzungen rechnen.“

2. Auf Drängen der Arbeitsloseninitiative haben die Grünen eine Anfrage (Nr. 356/93) in den Gemeinderat eingebracht (am 14.12.93), deren Frage 1a) lautete: „Wie oft wurden HilfeempfängerInnen Leistungen wegen „Arbeitsverweigerung“ gekürzt?“

In der diesbezüglichen Antwort der

Sozialverwaltung (Informationsvorlage Nr. 96/94) vom 2.2.94 ist folgendes zu lesen:

„Die Empfänger/innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt, die die Aufnahme gemeinnütziger Arbeit nach einer Zuweisung ablehnen, werden vom Sozialamt schriftlich auf eine mögliche Kürzung der Hilfeleistung für den Fall einer Arbeitsverweigerung hingewiesen. 1992 gab es 397 solcher Fälle, bei denen in 120 Fällen die Hilfe zum Lebensunterhalt gekürzt wurde — im allgemeinen auf 80% der regelmäßigen Unterstützung, das zum Lebensunterhalt Unerlässliche. Die Kürzung wurde aufgehoben, sobald wieder Arbeitsbereitschaft signalisiert wurde.“

Damit ist erwiesen, daß das Mannheimer Sozialamt Menschen zwingt, Sklavenarbeiten zu Hungerlöhnen zu verrichten. Ich weise auch darauf hin, daß die Leistungen „im allgemeinen“ auf 80% gekürzt werden, was ja nicht ausschließt, daß bei wiederholter Weigerung die Sozialhilfe ganz gestrichen wird, was ein noch größerer Skandal wäre.

3. Zusätzliche wichtige Informationen: Im übrigen hat das Sozialamt die

Zuweisungen an Prämienarbeiten von 2692 (1992) auf 4188 (1993) erhöht. Das entspricht einer Steigerung um satte 55%!

Unsere Forderungen an die SPO kommen nicht von ungefähr, denn den Betroffenen wird ja nicht langfristig geholfen, aus ihrer elenden Situation herauszukommen, indem man sie zwingt, Müll zu sortieren oder Straßen zu kehren. Im Gegenteil, hier werden eher tarifliche Arbeitsplätze im Bereich kommunaler Pflichtaufgaben durchs Hintertürchen abgebaut.

Die Aufgabe der SPO sollte es deshalb sein, sich für die Integration von sozial Ausgegrenzten in den regulären Arbeitsmarkt einzusetzen, d.h. zu tariflich abgesicherten und existenzsicheren Bedingungen.

Auch an alle Wohlfahrtsverbände muß die Aufforderung ergehen, sich zukünftig nicht mehr als Träger von Prämienarbeiten zur Verfügung zu stellen!

Deshalb: Existenzgeld von 1300.—DM plus angemessene Mietkosten für alle statt Sozialhilfemösen und Zwangsarbeiten!

— (H.H., Arbeitsloseninitiative Mannheim)



709 Einwohner der Stadt Essen beteiligten sich an einer „Probewahl“ der Türkischen Gemeinde parallel zur Bundestagswahl am 16. Oktober. Es ist vielleicht nicht repräsentativ, wenn 59,9% der Teilnehmer für die SPD stimmten, zumal Grüne und PDS nur wenig Stimmen erhielten. Deutlich wird aber: Mehrheiten gegen die konservativer-liberale Regierungsmehrheit sind wahrscheinlich nur möglich, wenn die Einwohner ohne deutschen Pass endlich wählen dürfen. Die CDU erhielt nur 17 Prozent der abgegebenen Stimmen. — (aus: Lokalberichte Essen, Foto: M. Sch.)

Kurdenprozesse in Heilbronn

Am 11. Oktober begann in Heilbronn ein Prozeß gegen acht kurdische Angeklagte wegen der Autobahnblockaden aus Anlaß des Verbots der Newroz-Festen. Hier ein Bericht vom dritten Prozeßtag:

Als Zeuge berichtete Hans Branscheidt von medico international ... über seine Erfahrungen in Kurdistan ... Ohne in irgendeiner Weise zu glorifizieren, nannte er die PKK die einzige Schutzmöglichkeit der kurdischen Bevölkerung vor dem Terror der türkischen Armee. Insbesondere deswegen habe sie starken Zulauf. Er berichtete vom „tendenziellen Völkermord“, von planmäßig zerstörten Dörfern; von den deutschen Waffen ..., an denen nicht einmal die deutschen Abzeichen übermalt sind. Das Gericht hätte den Krieg gern als Folge der PKK-Guerilla gesehen, aber er konnte klar darstellen, daß die Verhältnisse genau umgekehrt liegen.

Die Anklage konstruiert „führende Vertreter der PKK“ — und hat als Beweis bei Hausdurchsuchungen gefundene ERNK-Abzeichen oder Literatur. Zu diesen Symbolen berichtete Bran-

scheidt, daß sie in jedem kurdischen Haushalt zu finden seien, selbst in denen, die der PKK ablehnend gegenüberstehen. So urteilte er auch die Bilder von der Autobahnblockade, die das Gericht ihm zuerst nicht zeigen wollte. Für die Staatsanwaltschaft sollten sie aber eindeutig beweisen, daß hier eine zentral gelenkte PKK-Aktion stattfinde. (...) Für den Fall der vom Innenminister geforderten Abschiebungen bestätigte er, daß das Leben der kurdischen Flüchtlinge unmittelbar in Gefahr ist. — (Prozeßgruppe, c/o Infoladen, Postfach 2204, 74012 Heilbronn, gekürzt)

„Aachener Modell“ in Hamburg umstritten

Hamburg. Im Zusammenhang mit dem Auslaufen des Konzessionsvertrages zwischen der Stadt und den Hamburgischen Electricitäts-Werken (HEW) haben GAL und CDU Anträge zur Neuregelung der Einspeisungsvergütung für regenerative Energien (Sonnen- und Windenergie) eingebracht. Statt bisher knapp 27 Pf. sollen die HEW den privaten Betreibern von Solarenergieanlagen nach dem Beispiel des „Aachener Modells“ zukünftig bis zu 2 DM pro Ki-

WÄHLERINNENBEFRAGUNG IN STUTTGART**Den „Jäger 2000“ stoppen!**

Eine Wählerinnenbefragung am 16. Oktober vor Wahllokalen in Bad Cannstatt, Botnang und Feuerbach ergab: 82,27% der Befragten sprachen sich gegen den Eurofighter 2000 aus.

„Soll der Jäger 2000 produziert und angeschafft werden?“ und „Soll überhaupt ein neues Kampfflugzeug für die Bundeswehr beschafft werden?“ Auf diese beiden Fragen zum umstrittenen Milliardenjäger Eurofighter 2000 (ehemals Jäger 90) konnten die Wählerinnen und Wähler vor dem Botnanger Bürgerhaus, auf dem Cannstatter Marktplatz und vor dem Feuerbacher Bezirksratshaus – parallel zur Bundestagswahl – Stellung nehmen.

Die von der *Stuttgarter Friedenskoordination* und *Ohne Rüstung Leben* organisierte, anonyme direkte „Wählerinnenbefragung“ brachte im einzelnen folgende Ergebnisse:

In Bad Cannstatt stimmten von 329 Befragten 294 gegen und 31 für den Jäger 2000, 271 sprachen sich gegen und 40 für ein neues Kampfflugzeug überhaupt

aus (insgesamt 944 Wahlberechtigte).

In Botnang sprachen sich von 126 Befragten 113 gegen und 11 Personen für den Jäger 2000, 96 Wählerinnen sprachen sich gegen und 18 für ein neues Kampfflugzeug überhaupt aus (1332 Wahlberechtigte).

In Feuerbach votierten von 177 Befragten 13 für und 163 Wählerinnen gegen den Jäger 2000. Lediglich 17 Personen wollen überhaupt ein neues Kampfflugzeug, 149 sprachen sich dagegen aus (1167 Wahlberechtigte). Insgesamt 82,27% der Stuttgarter Befragten stimmten somit gegen den „Jäger 2000“. Die Abstimmungsergebnisse der in zahlreichen Städten durchgeführten bundesweiten Wählerinnenbefragung lässt die Kampagne „Jäger 2000 stoppen – Soziale Sicherheit schaffen“ den neu gewählten Bundestagsabgeordneten als Entscheidungshilfe zukommen. Ob die Bundeswehr 140 neue Jagdflugzeuge zum Stückpreis von 150 Millionen DM erhält, entscheidet der nächste Bundestag im Frühjahr 1995.

(Pressemitteilung, 16. Oktober 1994)

KUBA-SOLIDARITÄT**Solidaritätskarawane erfolgreich beendet**

Am 1. Oktober endete die erste Solidaritätskarawane für Cuba in der BRD.

Seit Januar 1994 liefen bundesweit die Vorbereitungen; während des Monats September wurden in ca. 50 Städten und Gemeinden Hilfsgüter für Cuba gesammelt, darunter auch in Essen: Medikamente und Schulhefte, Fahrräder und Maschineneratzteile, Arbeitskleidung, Geldspenden usw.

Im Hafen von Bremen wurden die Solidaritätsgüter am 30.9. in Schiffscontainer ver- bzw. in Spendenfahrzeuge umgeladen. Noch am nächsten Vormittag liefen weitere vollbeladene Fahrzeuge ein. Am Abend des 1. Oktober feierten rund 400 Cubafreundinnen und -freunde mit Gästen aus Bremen bei begeisternden Rhythmen der cubanischen Gruppe „Sonoc de las Tunas“ und der lateinamerikanischen Formation „Yamambo“ den Erfolg der Karawane. (...)

Heinz-W. Hammer konnte als Vorsitzender des Netzwerk Cuba in seiner Rede eine erste statistische Übersicht geben: Es wurden insgesamt 24 Fahrzeuge (Busse, Lkw, Transporter) sowie rund 150 Tonnen Solidaritätsgüter im Gesamtwert von ca. 5 Mio. DM gesammelt. Mit dieser außerordentlich erfolgreichen materiellen Solidaritätsaktion wird, so der Redner, zugleich die Bundesregierung angeklagt, die zum Thema Menschenrechte zynische Lippenbekennnisse abgibt, gleichzeitig aber eine aktive Aushungerungspolitik gegen das cubanische Volk betreibt. Er versicherte den cubanischen Gästen, daß die Solidaritätsbewegung in der BRD „nicht locker lassen wird, bis die Blockade gegen Cuba endlich fällt.“ (...)

— (Heinz-W. Hammer)
(aus Platzgründen von der Redaktion leicht gekürzt)

lowattstunde vergüten. Dadurch sollte die umweltfreundliche Energieerzeugung kostendeckend möglich werden. Durch die Förderung, die durch eine Umlegung auf den allgemeinen Stromkreis finanziert werden soll, soll die Weiterentwicklung und Verbilligung der Herstellung von Solarstromanlagen ingesoben werden. Einen entsprechenden Besluß hat Ende August die grüne Ratsmehrheit in Aachen für die kommunalen Elektrizitätswerke gefaßt. Befürworter einer solchen Regelung halten für möglich, daß auf diesem Wege ein Sechstel des Hamburger Energieverbrauchs aus Sonnenenergie genommen werden könnte. Uneinigkeit gibt es über die Kostenumlegung auf den Strompreis, die die CDU auf einen Pfennig begrenzen möchte, und die Einziehung der industriellen „Sonderertragskunden“. Die HEW selbst lädt: Der Konzessionsvertrag sei nicht das geeignete Instrument, die derzeitige Solartechnologie sei noch nicht ausgereift, man wolle lieber die Entwicklung einer neuen Generation von Solarzellen fördern etc. Inzwischen hoffen sich auch aus der SPD-Fraktion Bsp. für eine größere Förderung der Solarenergie. Entsprechende Rege-

lungen sollen in den Kooperationsvertrag zwischen HEW und Umweltbehörde eingearbeitet werden. — (ulj)

Stagnation bei den Entlassungsverfahren

Hamburg. Christine Kuby, 37 Jahre, ist seit Januar 1978 – also seit 16 1/4 Jahren – inhaftiert; derzeit befindet sie sich in der JVA Lübeck in Kleingruppenisolation mit Irmgard Möller und Hanna Krabbe. Zur aktuellen Haftsituation erklärt ihre Rechtsanwältin Ursula Ehrhardt am 23.10.1994: „Das OLG Hamburg hat am 21.10.1994 in einer Presseerklärung verlautbaren lassen, es prüfe 'derzeit' die Entlassung meiner Mandantin auf Bewährung. Dies ist so nicht zutreffend, sondern verschleiert die Tatsachen:“

Im Hinblick auf die mögliche Aussetzung einer lebenslangen Freiheitsstrafe zur Bewährung nach einer Strafvollstreckung von 15 Jahren stellte Christine Kuby bereits im November 1992 einen entsprechenden Antrag...

Christine Kuby hatte bereits mehrere Bandscheibenvorfälle, die von Mal zu Mal schlimmer werden und zu inzwischen massiven Beeinträchtigungen ge-

HAMBURG**Bericht vom Anarchismus-Kongreß**

Am 8. und 9. Oktober fand ein Anarchismus-Kongreß für Hamburg und Umgebung statt.

60 überwiegend junge AnarchistInnen aus den verschiedensten A-Strömungen trafen sich in AGs zu folgenden Themen: Tierrechte, Selbstverwaltung, Anarchafeminismus, Umgang miteinander, Zusammenarbeit mit KommunistInnen. In diesen Themen spiegelt sich das Bedürfnis vieler GenossInnen nach Diskussionen über die eigenen Strukturen wieder, wie auch der Ansatz, den Anarchismus ein Stück weit heute schon zu leben und nicht auf den Sankt-Nimmerleinstag zu verschieben. Auseinandersetzungen über die Gesellschaft, in der wir nun einmal leben (müssen) und von der aus wir unser politisches Handeln zu planen haben, gerieten leider sehr in den Hintergrund.

Die Debatten in den Plena waren entsprechend geprägt von Fragen nach dem Umgang miteinander und von einem äußerst moralisierenden Politikansatz, der z.B. Tierrechte in den Vordergrund stellte. Für etliche TeilnehmerInnen sind Tiere und Menschen gleichzusetzen. Dieser Ansatz sollte anderen als maßgeblich aufgezwungen werden. Anarchismus als Strömung für gesellschaftliche (und d.h. menschliche) Gesellschaftsveränderungen wurde weitestgehend ausgebündelt. Kein Wunder, daß es zum großen Streit kam: Allein das Vertreten der Ansicht, die Gleichsetzung von Menschen mit Tieren sei menschenverachtend, bewegte etliche TierrechtlerInnen, den Kongreß empört zu verlassen.

In der AG Zusammenarbeit mit KommunistInnen (eine alte Streitfrage der A-Bewegung) wurde auf der einen Seite vertreten, daß a) historische Fragen nicht allein unsere politischen Bündnis-

se bestimmen dürften, zumal sich auch bei KommunistInnen Einschätzungen und Einstellungen verändert und b) wir uns in der heutigen Situation den „Luxus“ der Spaltung in die verschiedensten politischen Lager gar nicht leisten könnten. Auf der anderen Seite gab es die Position, daß eine Zusammenarbeit mit dem Großteil der KommunistInnen nicht gut wäre, a) wegen historischer Erfahrungen und b) weil KommunistInnen immer noch eine hierarchische Gesellschaftsordnung mit der alles bestimmenden Partei vertraten und deshalb überhaupt nicht in der Lage wären, für eine emanzipierte Gesellschaft mitzustreiten. Einig war sich die AG über einige Essentials als Grundvoraussetzung jeder intensiveren Zusammenarbeit: Antinationalismus, Internationalismus; gegen Patriarchat und Sexismus; Antikapitalismus; gegen Faschismus und Rassismus; demokratisch und solidarisch miteinander; für Selbstbestimmung statt StellvertreterInnenpolitik.

Bewertung: Die A-Strömungen sind sehr vielfältig. Sie reichen von „AussteigerInnen“, die sich ein Kleingruppendyll aufbauen möchten, über TierrechtlerInnen, die überhaupt nicht die Veränderung der menschlichen Gesellschaft in den Vordergrund stellen, bis zu sozialistischen AnarchistInnen, die in die gesellschaftlichen Kämpfe aktiv eingreifen möchten. Bei letzteren (die auch unter sich unterschiedlich sind) wird es nicht nur darauf ankommen, mit sich selbst klarzukommen, sondern auch ein Zusammenwirken mit anderen fortschrittlichen, um Befreiung ringenden Kräften zu fördern.

Die A-Szene ist ein nicht unerheblicher Teil der Linken.

— (F. Anarchistische Gruppe / Rätekommunisten Hamburg)



führt haben. Sie kann nur noch kurze Zeit sitzen und muß mit Hilfe von Krücken gehen. Inzwischen hat sich ihre Situation so zugespitzt, daß die schlechende, irreversible Lähmung eines Beines droht. Eine aktuelle neurologische Untersuchung kommt zu dem Befund, daß Christine Kuby nicht mehr haftfähig ist. Sie muß – auch aus der Sicht des Anstaltsarztes – sofort endgültig entlassen werden und in eine Rehabilitationseinrichtung...“

— (aus: Angehörigen Info)

Endlich Tarifvertrag für Angestellte in Rechtsanwaltsbüros

Frankfurt. Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (hbv) als zuständige Fachgewerkschaft und die Tarifgemeinschaft der Rechtsanwälte in Südhessen haben am Abend des 29.9.94 erstmalig einen Tarifvertrag abgeschlossen, der die Arbeitsbedingungen für Angestellte in Rechtsanwaltsbüros im Rhein-Main-Gebiet regelt. Dieser Tarifvertrag wird von beiden Seiten als Novum für das Rhein-Main-Gebiet bezeichnet, ähnliche Tarifverträge gibt es bislang nur in einzelnen Städten der Bundesrepublik Deutsch-

land. Zum ersten Mal werden rechtsverbindlich für Rechtsanwaltsgehilfinnen und andere Angestellte in Rechtsanwaltsbüros tarifvertraglich die 38-Std-Woche, 30 Arbeitstage Urlaub, Mehrarbeitszuschläge, das Recht auf Weiterbildung, der Gesundheitsschutz an Bildschirmarbeitsplätzen entsprechend den EG-Vorschriften, die Höhe der Ausbildungsvergütung, das Recht auf Rückkehr zur Vollzeitbeschäftigung für Teilzeitbeschäftigte und noch vieles andere geregelt. Gewerkschaft hbv und die Tarifgemeinschaft der Rechtsanwälte verfolgen mit diesem Tarifvertrag das Ziel, die Arbeitsbedingungen in dieser Branche auf hohem Niveau zu festigen und den Beruf der Rechtsanwaltsgehilfinnen auch für die Zukunft attraktiv zu gestalten. Damit soll auch dem hohen Abwanderungsgrad von Rechtsanwaltsgehilfinnen in andere Dienstleistungsbranchen, die bislang bessere Arbeitsbedingungen bieten konnten, entgegengewirkt werden.

Weitere Auskünfte erteilt:

Manfred Semmler-Thurner, Fachsekretär, hbv BV Frankfurt, Wilhelm-Leuschner-Straße 69/77, 60329 Frankfurt. (aus: CL-Netz)



Greifen wir gemeinsam nach den Sternen!

Aufruf zu Aktivitäten gegen das Gipfeltreffen der Europäischen Union am 9./10. Dezember in Essen

Die Planung für Aktionen gegen das Treffen der Regierungschefs der EU-Länder Anfang Dezember in Essen steht weitgehend. 15 Veranstaltungen zur Kritik der EU finden bereits im Vorfeld in verschiedenen Städten des Ruhrgebiets statt. Am „Gipfel-Wochenende“ selbst sind Veranstaltungen, ein Gegenkongress und eine Großdemonstration. Wir veröffentlichen im folgenden den Aufruf zu den Aktivitäten. — (wof)

Am 9./10. Dezember treffen sich die 12 Regierungschefs der Europäischen Union (EU) zu ihrem halbjährlichen Gipfeltreffen. Als Höhepunkt des bundesdeutschen EU-Vorsitzes wird der Stadt Essen die zweifelhafte Ehre zuteil, diesen Akt mit einem kostspieligen Begleitprogramm und aufgeblähten Medienspektakel auszutragen.

Der Essener Gipfel wird sich im wesentlichen mit folgenden Themen beschäftigen:

— Unter der Vorgabe, den europäischen Arbeitsmarkt zu fördern, sollen weitere Grundlagen zur Senkung der Lohnkosten und Sozialleistungen sowie zur Beschneidung sozialer Standards geschaffen werden.

— Mit dem „Essener Vertrag“ soll die Aufnahme weiterer europäischer Länder in die EU vollzogen werden. Es geht dabei zunächst um Österreich, Schweiz, Finnland und Norwegen.

Es geht also um die konsequente Weiterführung des Integrationskonzeptes, das zwei grundlegende Ziele hat: Zum einen soll durch die Herausbildung eines politischen Blockes die weltpolitische Handlungsfähigkeit der EU gestärkt werden. Zum anderen soll die ökonomische Stellung der EU gesichert und ausgebaut werden — durch Sozialabbau und auf Kosten der Dritten Welt, des Ostens und der Umwelt.

Was „Wachstum“ heißt und wo das Soziale bleibt

Im Vordergrund des Binnenmarktes stehen die Konzerne und die Erzielung von größtmöglichen Gewinnen. Das versprochene „Wachstum“ bezieht sich nur auf Kriterien wie mehr Waren, mehr Umsatz, mehr Produktivität. Jüngstes Beispiel sind die transnationalen Netze (Strom, Verkehr, Kommunikation), welche die Bundesregierung während ihrer Präsidentschaft im EU-Ministerrat bis Dezember auf den Weg bringen will. Fortgesetzt werden die Zerstörung der Umwelt, die Auslagerung von ökologischen und sozialen Schäden des EU-Wirtschaftens in andere Weltregionen sowie die Verbreitung sozialer Ausgrenzung.

Mit offiziell 17 Millionen Arbeitslosen war die Erwerbslosigkeit in der EU noch nie so hoch wie im zweiten Jahr des Binnenmarktes. Gewerkschaftlich erkämpfte Rechte werden unterhöhlt, Arbeitsverhältnisse dereguliert. Unsichere und prekäre Jobs haben sich explosiv vermehrt und werden nach sexistischen und rassistischen Kriterien zugeteilt: Die dreckigsten und ge-

fährlichsten Arbeiten „dürfen“ Frauen und Einwanderinnen und Einwanderer ausüben.

Die Kriterien der Wirtschafts- und Währungsunion setzen eine rigide Sparpolitik und Sozialkürzungen bei den öffentlichen Haushalten voraus. Die BRD hat ihr Konzept von Stabilitäts- und DM-Dominanz durchgesetzt. Bei der vermeintlichen „Beschäftigungsinitiative“ setzt die deutsche Präsidentschaft auf die „Selbstheilungskräfte des Marktes“; durch Streichungen von Sozialleistungen sollen die weltweite Konkurrenzfähigkeit und die Profite der EU-Konzerne weiter erhöht werden.

Befördert wird dies durch eine Offensive im Bereich der sogenannten „Hochtechnologie“:

- Der Einsatz gentechnischer Verfahren wird von der EU liberalisiert und durch aufwendige Forschungsprogramme beschleunigt.
- Neue Atomreaktorlinien sollen europaweit ans Netz gehen.
- Hochgeschwindigkeitszüge und der Transrapid schlagen neue Trassen durch die Landschaft.

Die EU in der Kontinuität des europäischen Kolonialismus

Die EU-Staaten praktizieren eine aggressive Außenpolitik, die ihnen Rohstoffe, billige Arbeitskräfte im Ausland sichern und den Zugang zu Märkten erzwingen soll. Dies betrifft in erster Linie die Menschen in der „Dritten Welt“, sei es durch die Rohstoffpolitik der EU,

die Abschottung gegen Importe oder ihre Unterstützung diktatorischer Regimes. Im neuen Welthandelsabkommen festigte die EU gemeinsam mit den USA und Japan ihre weltwirtschaftliche Herrschaftsrolle.

Um die aggressive Außenpolitik auch in Zukunft durchzusetzen, erhält die EU durch den Ausbau der Westeuropäischen Union (WEU) einen eigenen militärischen Arm, der überall in der Welt intervenieren können soll. Schon im Golfkrieg 1991 operierte eine europäische Flotte unter einem WEU-Kommando. Und da die Türkei assoziiertes Mitglied der WEU ist, ist die EU auch faktisch kriegsführende Partei in Kurdistan. Einzelne Mitgliedsländer beteiligen sich durch Waffenlieferungen und Finanzhilfen am Vernichtungskrieg des türkischen Staates gegen die Kurden und Kurden.

Formierung der EU nach innen und Abschottung nach außen

Zur Stabilitätssicherung nach innen dient der Aufbau einer europäischen Polizei und eines europaweiten Informationssystems. Ziel ist insbesondere die Kontrolle derjenigen, die vor den weltweiten Auswirkungen der EU-Politik nach Europa flüchten wollen. Ausländer/innen und Flüchtlinge werden ausgegrenzt, kriminalisiert und als billige Arbeitskräfte ausgenutzt.

Die sogenannten „Nicht-EU-Bürger/innen“ werden weiterhin zu Menschen zweiter Klasse gemacht. Die angeblichen „Grundfreiheiten“ des Binnen-

marktes wie Freizügigkeit der Binnenmarktpersonen gelten z.B. für sie nicht.

Die EU als Herrschaft der wenigen

Das Konzept der EU hat ein unübersehbares Defizit in Sachen Demokratie. Die Entscheidungen werden vom Ministerrat getroffen, das Europäische Parlament und sogar die Parlamente der Mitgliedsstaaten sind zweitrangig. Die Regierungen als Exekutive in den Mitgliedsstaaten machen sich als EU-Legislative die Gesetze, die sie uns dann als EU-Sachzwang verkaufen. Dort betreiben sie aktiv die EU-Politik, und hier erklären sie sich als nicht mehr zuständig. Legitimation und Kontrolle dieser Strukturen sind kaum möglich.

Großmacht BRD in der EU und nicht trotz der EU

Was die BRD betrifft, so bedeutet die EG/EU keineswegs deren Einbindung in eine europäische Friedensordnung. Die EG verhalf der BRD vielmehr von Anfang an dazu, zum militarisierten NATO-Mitglied zu werden. Nicht trotz, sondern mittels der EU verfolgt die BRD ihre Großmachtpolitik.

Zweifellos verfügt die BRD über eine führende Rolle in der EU. Die Einführung der Währungsunion — Sitz der Europäischen Zentralbank wird Frankfurt — wird diese Rolle stärken, ebenso der Beitritt Österreichs zur EU. Es gibt schon länger Stimmen, die am alten „Mitte-Europa-Konzept“ anknüpfen und den deutschen Sprachraum zum entscheidenden Machtblock in der EU ausbauen wollen: Auch Vorstellungen von einem „Kerneuropa“ zielen auf die Stärkung einer deutschen Führungsrolle.

Die EU übernimmt all die negativen Merkmale des Nationalstaates, seien es Repression und Normierung nach innen oder Aggressivität nach außen. Internationalistische Kritik an der EU richtet sich daher gleichermaßen gegen einzelstaatlichen Nationalismus wie gegen europäischen Chauvinismus. Unsere Solidarität hört nicht an den Grenzen „Europas“ auf, sondern verbindet sich mit denen, auf deren Unterdrückung die Festung Europa gegründet ist.

Greifen wir gemeinsam nach den Sternen!

Gegen das Abfeiern dieser EU-Politik auf dem Gipfeltreffen in Essen wollen wir unseren Protest lautstark auf die Straße tragen. Es ist an der Zeit, unsere Perspektiven gegen dieses Europa zu entfalten.

In diesem Sinne rufen wir zu einem EU-Gegengipfel in Essen und zu Aktionen zur EU-Ministerratstagung vom 9. bis 11. Dezember 1994 auf!

Programm des „Gegengipfels“ Essen, 9.—11. Dezember 1994

Freitag, 9. Dezember

- Tagsüber Straßenaktionen in Essen im Rahmen eines zentralen Aktionstages.
- Auftaktveranstaltung: *Grundsätzliche Perspektiven der linken EU-Kritik*. U.a. mit Claudia Roth (Bündnis 90/Die Grünen), Gregor Gysi (PDS) und Jutta Ditfurth (Öko-Linke). 18—22.00 Uhr, Zeche Carl, E-Altenessen, Wilh.-Nieswandt-Allee 100.
- Kabarett-Spezial. 21.00 Uhr, Zeche Carl, s.o.

Samstag, 10. Dezember

- Demonstration, Auftaktkundgebung 12.00 Uhr, Willy-Brandt-Platz.
- Podiumsveranstaltung: *Alternative Positionen zu den Hauptthemen der Essener EU-Ministerratstagung*. U.a.

Den Aufruf zu Demonstration und „Gegengipfel“ unterstützen bisher:

Alternative Liste/Antifaschistisches Bündnis Köln * Anti-EG-Gruppe Köln * Antifaschistisches Forum Essen * Arbeitskreis gegen Rassismus, Stuttgart * Arbeitskreis Internationalismus, Karlsruhe * AStA PH Köln * AStA Universität Köln, Internationalismus-Referat * BAG Frieden und internationale Politik von Bündnis 90/Die Grünen * BAOBAB-Infoladen, Berlin * BUKO-Kampagne „Stoppt den Rüstungsexport“ * BUKO-Koordinationsausschuss * Bundesarbeitskreis kritischer Jura-Gruppen (BAKJ) * BUND-Jugend NRW * Bündnis 90/Die Grünen, Kreisverband Essen * DKP * Essener Bündnis gegen den EU-Gipfel * Jungdemokratinnen/Junge Linke, Bundesverband * LAG soziokultureller Zentren NRW * Libertad * Linke Liste, Universität Duisburg * PDS-Bundesvorstand * PDS, Landesausschuss NRW * SDAJ * Trans Europa Exzess, Wuppertal * Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg NRW * VVN-BdA Aachen *

Die Aktivitäten unterstützen: Kurdistan-Informationsbüro, Bonn * Öko-Linke.



Demokratisierung, Antidiskriminierung, Arbeitsplätze, soziale Grundsicherung

Die PDS Thüringen will auf die Große Koalition in Erfurt mit einer Verstärkung der außerparlamentarischen Arbeit reagieren

Von Dieter Hausold

Der Thüringer Landesverband zog bereits am 22. Oktober eine erste Bilanz nach dem 94er Wahlmarathon. Auf einem Landesparteitag in Erfurt wurden dabei zugleich wichtige Ansatzpunkte für das weitere politische Wirken der PDS zwischen Altenburg und Eisenach herausgearbeitet. Mit 17,1 % bei den Bundestags- und 16,9 % bei den Landtagswahlen kann die Thüringer PDS auf eine solide Grundlage für ihre öffentliche Akzeptanz und die Weiterentwicklung ihrer strukturellen Arbeitsmöglichkeiten bauen. 17 Landtags- und 4 Bundestagsmandate für die demokratischen Sozialisten aus Thüringen sind Ausdruck dieser Tatsache. Die Partei ist damit unbestritten drittstärkste politische Kraft im Freistaat. Da sie im Herbst die Ergebnisse der Kommunal- und Europawahlen vom 12. Juni wiederholen oder sogar überbieten konnte, muß der Partei nunmehr ein relativ fester Wählerstamm bestätigt werden, der nicht nur auf das Konto von Einheitsverlierern und „notorischen Altkommunisten“ gehen kann. Die von der CDU besonders bemühte These vom Sinken der PDS-Prozente bei steigender Wahlbeteiligung hält dem Thüringer Ergebnis nicht stand. Die Wahlbeteiligung stieg gegenüber 1990 von 71,8 auf 75,3 %. Erhielt die PDS 1990 138000 Stimmen, so waren es in diesem Jahr 246087 (Bundestagswahlen). Dabei konnte die Partei in einigen Wahlkreisen überdurchschnittliche Steigerungen verbuchen. In Gera wurde ein Zuwachs von 11,9 % zu den Bundestagswahlen von 1990 verzeichnet.

Die Voraussetzungen für das weitere Agieren der PDS in Thüringen haben sich also wesentlich verbessert. Dies besagt jedoch in keiner Weise, daß es für die Mitglieder des Landesverbandes und die Mandatsträger aller Ebenen zukünftig automatisch leichter sein wird, linke Politik wirksam zu betreiben. Zunächst ist da eine angesichts des guten Wahlergebnisses ungleich höhere

Erwartungshaltung der Bürgerinnen und Bürger. Neben der grundlegenden Kritik an den herrschenden politischen Praktiken stellen sie sich eine PDS-Politik vor, die wenigstens auf einigen Gebieten soziale und wirtschaftliche Veränderungen im Interesse der Befürworteten dieser Gesellschaft erreichen kann. Dafür in den Parlamenten Mehrheiten zu gewinnen, wird trotz faktischer Verdoppelung der Mandate im Landtag sehr schwer werden. In Erfurt wird entschieden an der Großen Koalition gebastelt. In zahlreichen Kommunen zeichnen sich bereits ähnliche Verhaltensmuster von CDU und SPD ab. Damit soll erreicht werden, daß die PDS-Sitze, die teilweise 25 Prozent der Wähler repräsentieren, wiederum aus der praktischen Entscheidungsfindung ausgeschlossen werden. Dazu kommt, daß trotz eines gewissen Wandels in der Berichterstattung über die PDS und ihre Vertreter besonders in der überregionalen Presse des Ostens insgesamt ein abgestimmter Kurs zur Verteilung der Partei besonders in den elektronischen Medien auf der Tagesordnung ist. Für die PDS bedeuten diese Tatsachen vor allem die Notwendigkeit, außerparlamentarisch aktiver zu werden, um mit den Menschen noch weitaus mehr in Kontakt zu kommen. Nicht umsonst wurde auf dem Landesparteitag zum wiederholten Male eingeschätzt, daß Infostände neben Großveranstaltungen mit Bundesprominenz die wirksamste Form der Wahlwerbung waren.

Landesvorstand und Parteitag haben das Thema Vernetzung von parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit sicher auch aus diesen Erfahrungen heraus zur öffentlichen Diskussion gestellt. So wurde auf dem Erfurter Parteitag unter anderem das Modell von sogenannten Querschnittsarbeitsgruppen debattiert. Diese sollen in den Bereichen Demokratisierung, Schaffung von Arbeitsplätzen, Antidiskrimi-

nierung und soziale Grundsicherung kompetente Abgeordnete und Fachleute sowie politisch Interessierte von außerhalb zusammenführen. Die Offene Liste nach dem Motto „Gysis bunte Truppe“, die auch in Thüringen gute Wirkung gezeigt hat, könnte ein Schlüssel zum Erfolg dieses Herangehens sein. Eine weitere Stütze für die inhaltliche Arbeit sind die Kreisverbände und insbesondere deren kommunalpolitische Komponente. So wird in Vorbereitung auf den 3. Landesparteitag (14.1.95) über eine Regionalisierung des Kommunalpolitischen Forums nachgedacht. Gerade in den Städten und Gemeinden gab es in den vergangenen vier Jahren

viele Ansatzpunkte für eine Politik, die Bürgerinnen und Bürger aktiv einbezieht. In Erfurt, Gera, Jena, Altenburg und anderen Städten erreichte die PDS zum Beispiel mit den Aktionen für einen Mietstopp Tausende. Solche und ähnliche Aktivitäten werden unter den gegebenen Bedingungen den Menschen am ehesten deutlich machen, wie sich die PDS um ihre Interessen bemüht. Eine vielfältige Diskussion in Vorbereitung des genannten Landesparteitages eben über solche Probleme wird dessen Nutzen für die weitere Entwicklung der PDS in Thüringen ausmachen.

Dieter Hausold ist Mitglied des PDS-Kreisvorstandes in Gera.



„Zeissianer“ in Ost (Jena) und West (Oberkochen) demonstrierten in der vergangenen Woche gegen den geplanten Abbau von 2500 Beschäftigten und die damit verbundene Aufgabe von Produktionsstandorten. Nach Vorstellungen des Konzernvorstandes soll in Jena die Anzahl der Beschäftigten um weitere 600 auf 1450 verringert werden; damit würde die Belegschaft binnen 2 Jahren halbiert werden. Noch zu Beginn des Jahres erhielt der Betriebsrat die Zusagen, daß 2000 Arbeitsplätze erhalten bleiben. Immerhin werden dem Zeiss-Konzern in Jena entstandene Verluste in Höhe von 140 Mio. Mark von der Treuhand erstattet. Die IG Metall setzt ihre Hoffnungen auf das Abstimmungsergebnis des Aufsichtsrates am 10. November. Dort hat die Landesregierung 2 Stimmen, zusammen mit den Arbeitnehmervertretern könnten die Pläne zu Fall gebracht werden. „Landesvater“ Vogel muß Farbe bekennen. — (har)

Chance für politischen Machtwechsel nutzen

Helmut Holter über die Politik der PDS Mecklenburg nach den Landtagswahlen

Bei der PDS Mecklenburg-Vorpommern für die Landtags- und Bundestagswahl war es, die CDU/F.D.P.-Koalition abzuwählen, gestärkt in den Landtag einzuziehen und ihren Beitrag im Norden für den Wiedereinzug der PDS in den Bundestag zu leisten. Die PDS hat bei den Landtags- und Bundestagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern ein hervorragendes Ergebnis erreicht. Gegenüber 1990 wurde ein Stimmenzuwachs von insgesamt 7 % bei der Landtagswahl erzielt. Das Ergebnis zu den Bundestagswahlen lag mit 23,6 % der Stimmen noch über dem Landtagswahlergebnis. Das ist ein Zuwachs von 9,3 % gegenüber 1990. Bei beiden Wahlen erreichte die PDS in Mecklenburg-Vorpommern einen absoluten Stimmenzuwachs von 82282 bzw. 90667 Stimmen. Die PDS konnte auch ehemalige NichtwählerInnen für sich gewinnen. Laut Infas-Wanderungsbilanz wur-

den per Saldo 36000 Stimmen für die PDS mobilisiert. Nach Abzug unserer eigenen Verluste sind u.a. 13000 Stimmen von Bündnis 90/Grüne-WählerInnen an die PDS gegangen. Bei den Landtagswahlen wurden in allen 36 Wahlkreisen Stimmen hinzugewonnen. Mit ihrer Stimme für die PDS haben sich die WählerInnen und Wähler für einen Kurswechsel in der Landespolitik und eine stärkere PDS ausgesprochen.

Das ist auf ein gewachsenes Ansehen unserer Partei zurückzuführen. Es gilt sowohl für die Städte als auch für den ländlichen Raum. Auf dem Lande kann die PDS einen Zuwachs von 6 % verzeichnen. Unsere Wahlergebnisse sind um so höher zu bewerten, als es insbesondere seit den Kommunalwahlen einerseits massive Angriffe von rechts gegen die PDS gegeben, andererseits die SPD mit moderateren Tönen und die Übernahme von PDS-Thematik ver-

sucht hat, PDS-Wähler für sich zu gewinnen. Selbst die Hoffnung unserer Gegner und Konkurrenten, daß eine hohe Wahlbeteiligung den Stimmenanteil für die PDS senkt, wurde nicht erfüllt.

Es wurden besonders das klare politische Profil der Partei, die Zuverlässigkeit ihrer politischen Aussagen, die aktive Arbeit der PDS-Abgeordneten in den Kommunen und von Mitgliedern der Partei in Vereinen und Verbänden honoriert. Nach einer Infas-Umfrage sehen 48 % der Befragten die PDS als Reformpartei. Ein Ausdruck für unsere nachvollziehbaren Erneuerungsprozeß und für unsere auf den Menschen orientierte Alltagspolitik.

Der 16. Oktober hat aber auch deutlich gezeigt, daß die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern einen Kurswechsel wollen. 23 Sitze für die SPD und 18 Sitze für die PDS bedeuten eine eindeu-

tige Mehrheit links von der CDU. Und hier liegt die Chance für den Kurswechsel, die Chance für linke Reformpolitik. Es ist eine neue politische Situation im Lande entstanden — sogenannte „Schweriner Verhältnisse“. Die Situation ist dadurch charakterisiert, daß die konservativ-liberale Regierungspolitik nicht fortgesetzt werden kann, die SPD nicht in der Lage ist, das Heft des Handelns in die Hand zu nehmen und PDS und SPD in Zusammenarbeit eine politische Wende herbeiführen könnten. Die PDS will — so ihr Wahlversprechen — die Wahl eines christdemokratischen Ministerpräsidenten verhindern. An einer Regierung wird sich die PDS nicht beteiligen. Die PDS möchte Demokratie ausleben. Dazu sollte sich eine SPD-Minderheitsregierung bilden, die im Geiste des Runden Tisches arbeiten und sich Mehrheiten für ihre Sachpolitik holen. Fortsetzung nächste Seite oben

Fortsetzung von Seite 11:
len kann. Diese Form einer zwischenparteilichen Konsultation gäbe der PDS die Chance, ihre Oppositionsrolle wahrzunehmen und dabei aktiv die Landespolitik mitzustalten. Die PDS will unabhängig von dem Ausgang der Regierungsbildung den Dialog mit der SPD fortsetzen.

Die PDS ist in Mecklenburg-Vorpommern zur Landtagswahl unter dem Motto „Für Gerechtigkeit in einer solidarischen Gesellschaft“ angetreten. Daraus seien einige Schwerpunkte angesprochen. Die krassen Auswirkungen der Vereinigungskrise und die allgemeine Rezession treffen Mecklenburg-Vorpommern besonders hart. Die PDS hat ihre wirtschaftspolitische Konzeption in ihrem Programm „120000 Arbeitsplätze für Mecklenburg-Vorpommern“ zusammengefaßt. Die PDS möchte durch eine aktive Wirtschafts- und Strukturpolitik durch Bund, Land und Kommunen regionale Wirtschaftskreisläufe schaffen, dazu Fördermittel bündeln und konzentriert einsetzen sowie einheimische klein- und mittelständische Unternehmen besonders fördern. Wir wollen keinen staatlichen Dirigismus. Wir wollen in dieser schwierigen Anfangsphase direkte Maßnahmen des Staates, um die Akkumulation anzukurbeln. In dem Maße, wie die private Kapitalakkumulation an Dynamik gewinnt, sind die direkten mehr und mehr durch indirekte Maßnahmen abzulösen. Es geht uns darum, neue Wachstumsfelder zu erschließen und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu stimulieren. Aus heutiger Sicht wären als erstes notwendig:

- ein Programm zur Entwicklung der Küstenregion mit ihrer Anbindung an das Binnenland,
- eine sinnvolle Verknüpfung von Landwirtschafts- und Mittelstandspolitik für die Schaffung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum,
- die Stabilisierung und der Ausbau der einheimischen Baumaterialindustrie und des Baugewerbes.

Das benachteiligte Vorpommern braucht eine besondere Förderung über ein spezielles Landesprogramm.

Ein weiterer Schwerpunkt ist für die PDS die Situation der Kommunen. Mangelnde Finanzausstattung und direkte Eingriffe des Innenministeriums heben die kommunale Selbstverwal-

tung praktisch aus. Die Kommunalverfassung muß unter diesem Blickwinkel durchleuchtet und der Anteil der Kommunen am Landessteueraufkommen auf mindestens 25% erhöht werden. Mecklenburg-Vorpommern braucht Landesregelungen, um kommunale Wohnungen entsprechend dem tatsächlichen Bedarf in Sozialwohnungen umzuwandeln. Der soziale Wohnungsbau ist besonders zu fördern. Die PDS will ein integriertes Verkehrskonzept für Mecklenburg-Vorpommern und ein Programm zur Flächensanierung von Alt-Industriestandorten sowie der früher militärisch belegten Flächen. Wir wollen die Rechtsvorschriften zur Vermeidung von Abfall und Müll novellieren, die Landesmittel für Abfallbehandlung erhöhen und dezentrale Abwasseranlagen vorrangig fördern. Für die Verwirklichung des Rechts auf chancengleiche Bildung braucht Mecklenburg-Vorpommern endlich ein modernes Schulgesetz. Unsere Vorstellungen von einem modernen Bildungssystem bestehen u.a. darin, daß die Dreigliedrigkeit abgeschafft wird und die Gesamtschule einen festen Platz bekommt. Im Sinne einer weitgehenden rechtlichen und realen Gleichstellung von Ausländerinnen und Ausländern setzt sich die PDS für

- ein Antidiskriminierungsgesetz,
- das aktive und passive Wahlrecht für in Deutschland lebende ausländische Bürgerinnen und Bürger,
- neue rechtliche Regelungen zur wesentlichen Erleichterung des Erwerbs doppelter Staatsbürgerschaft und
- eine grundsätzliche Änderung des deutschen Staatsbürgerschaftsrechts ein.

Wir wollen keine militärischen Tiefflüge über Mecklenburg-Vorpommern und keinen Ausbau von Militärstandorten. Rüstungsproduktion und Waffenhandel in Mecklenburg-Vorpommern müssen verboten werden. Der Themenkatalog ließe sich fortsetzen.

Für die PDS ist klar, daß politische Veränderungen nur durch die Gemeinsamkeit von außerparlamentarischer und parlamentarischer Arbeit zu erreichen sind. Parlamentarier von heute müssen sich auf eine breite Bewegung stützen können.

Helmut Holter ist Landesvorsitzender der PDS in Mecklenburg-Vorpommern



Seit dem 19. September befinden sich die 116 Beschäftigten der Fleischwarenfabrik Löblein in Schildau (Sachsen) im Streik. Ihre Forderungen gegenüber dem in Bamberg ansässigen westdeutschen Besitzer, der 1992 insgesamt 19 Fleischwarenfabriken in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen aufgekauft hat, sind: Rücknahme von 7 ausgesprochenen und weiteren 37 geplanten Kündigungen, Bezahlung nach Tarif. Löblein zahlt statt der tariflichen 2450 Mark brutto nur 2100 Mark. Am 20. Oktober fuhren die Beschäftigten nach Bamberg und demonstrierten vor dem Stammtrieb. Löbleins größte Angst ist, daß sich der Streik auch auf die anderen Betriebe ausdehnen könnte. So hat er der Belegschaft in Reichenbach versprochen, 300 Mark mehr pro Monat zu zahlen. Um durchhalten zu können, wird um Spenden auf das Konto Nr. 1045996600 der NGG bei der Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 860 101 11, Stichwort „Schildauer Streik“, gebeten. — (har)

DOKUMENTE SPD/PDS IN MECKLENBURG-VORPOMMERN

SPD: „Notwendige Klarstellungen“

1. Die Grundrechte und die in den Artikeln 20 und 28 des Grundgesetzes festgelegten Grundsätze werden als unabänderlicher Rahmen für die Verfassung von Mecklenburg-Vorpommern und als Grundlagen aller Politik in Mecklenburg-Vorpommern anerkannt.

Das bedeutet im Einzelnen:

- Ein klares Bekenntnis zu den Menschenrechten,
- Bindung von Gesetzgebung, vollziehender Gewalt und Rechtsprechung an die Grundrechte als unmittelbar geltendes Recht,
- die Ausübung der Staatsgewalt,
- die vom Volke ausgeht, in Wahlen und Abstimmungen,
- die Ausübung der Staatsgewalt, die vom Volke ausgeht, durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung (Gewaltenteilung),
- die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht.

Die Nichtbeachtung der Grundrechte und der vorgenannten Grundsätze war eine wesentliche Ursache für die Fehlentwicklungen der DDR.

Die Opfer dieser Fehlentwicklung haben Anspruch auf Rehabilitierung und

Wiedergutmachung.

2. Die SPD erwartet, daß sich die PDS ohne Wenn und Aber zu der durch Volksabstimmung legitimierten Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern bekennt und auf ihre Forderung verzichtet, neben den gesetzlichen Verfassungsorganen sogenannte Runde Tische einzurichten. Die Runden Tische haben in der Phase des Übergangs von der SED-Diktatur zur Demokratie eine wichtige Rolle gespielt. Ihre Aufgabe ist nun auf die demokratisch gewählten Volksvertretungen im Land und in den Kommunen übergegangen.

3. Die SPD erwartet von der PDS die öffentliche Erklärung, daß die Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED im Jahre 1946 Unrecht war und nur unter Androhung von Gewalt zustande gekommen ist.

Die Ausschaltung der SPD im Jahre 1946 wird von der PDS als historischer Fehler bewertet, durch den die Demokratie beseitigt und die Diktatur ermöglicht wurde.

Die PDS wird sich für die Verfolgung der Sozialdemokraten in der DDR entschuldigen.

4. Die Kräfte, die die o.g. Grundrechte und Grundsätze nicht anerkennen, wie die Kommunistische Plattform, Anarchisten u.ä. Gruppen, dürfen keinen Einfluß auf die Politik des Landes Mecklenburg-Vorpommern bekommen. Parlamentarische Demokratie und Kommunismus sind unvereinbar. (SPD-Landesvorstand Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin, 25. Oktober)

Die Antwort der PDS

1. Die PDS steht auf dem Boden des Grundgesetzes und der Landesverfassung. Sie ist eine die Landesverfassung konstituierende politische Kraft und hat sich ohne Vorbehalt, ohne Wenn und Aber aktiv an deren Ausarbeitung beteiligt. Die PDS achtet die verfassungsmäßigen Grundrechte und die in den Artikeln 20 und 28 des Grundgesetzes verankerten Grundsätze, die sie für unveräußerlich hält. Wir teilen den Standpunkt, daß die Nichtbeachtung von Grundrechten sowie unkontrollierte und unkontrollierbare diktatorische Macht ausübung eine wesentliche Ursache für die Fehlentwicklung und den Untergang der DDR waren. Die Opfer dieser Fehlentwicklung haben Anspruch auf Rehabilitierung.

2. Die PDS bekennt sich zur Landesverfassung ... Sie ist allerdings der Auffassung, daß es im Interesse eines politischen Kurswechsels im Lande und der Möglichkeit einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung nötig ist, einen Stil des Regierens im Geiste der Runden Tische von 1989/90 einzuführen ...

3. Die Vereinigung von KPD und SPD zur SED im Jahre 1946 verlieh dem Streben sehr vieler Mitglieder der beiden Parteien nach Gemeinsamkeit und organisatorischer Einheit als Lehre aus dem Faschismus Ausdruck. Ebenso gab es viele Mitglieder der SPD und KPD, die die Vereinigung nicht wollten. Sie wurden erheblich und ungerechtfertigt Druck ausgesetzt.

Ob das Wort von der „Zwangvereinigung“ gerechtfertigt ist, sollte die Diskussion zwischen den Parteien unter Hinzuziehung von Historikern klären. Es ist bittere historische Wahrheit, daß durch maßgebliche Kreise der SED während und nach der Ver-

einigung von 1946 Sozialdemokraten Verfolgungen und Repressalien erleidet mußten sowie aus dem politischen Leben ausgeschaltet wurden.

Die PDS insgesamt wie auch der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern haben auf Parteitagen seit 1990 in Erklärungen und Verlautbarungen ihr Bedauern hierüber und ihre Entschuldigung dafür zum Ausdruck gebracht. Wir verweisen in diesem Zusammenhang darauf, daß nicht wenige Kommunisten nach 1945 von denselben und ähnlichen Repressalien und Verbrechen betroffen wurden, wie Mitglieder und Funktionäre der SPD. Als Rechtsnachfolgerin der SED bekennt die PDS ihre Verantwortung auch dafür und weiß sie, daß sie diese ihre Verantwortung nur durch eigene Erneuerung und glaubhaftes demokratisches Wirken abtragen kann. Dazu hat sie den festen Willen ...

4. Die PDS ist eine demokratische und pluralistische Partei, in der es Plattformen, Strömungen und Flügel gibt. So gibt es zum Beispiel eine kommunistische ebenso wie eine sozialdemokratische und ökologische Plattform. Dies steht in völiger Übereinstimmung mit dem Programm und Statut der PDS, die keine Ausgrenzung von Strömungen zulassen, soweit und solange diese sich an die Beschlüsse der Partei halten.

Obwohl der vieldeutig gebrauchte Begriff „Kommunismus“ durch die Praxis und das Scheitern des Staatssozialismus sowie durch den Stalinismus schwer diskreditiert ist, gibt es keinen Grund, Kommunisten generell die Fähigkeit abzusprechen, Demokraten zu sein. Sie sind wie andere Menschen lern- und erkenntnisfähig, um aus Vergangenem und eigenem Erleben entsprechende Konsequenzen zu ziehen.

gez.: Helmut Holter, Landesvorsitzender, und Johann Scheringer, Vorsitzender der PDS-Landtagsfraktion. (Aus Platzgründen gekürzt.)

Schwarz-Gelb (Braun) gegen Rot-Grün-Rot

Dokumente zur Konstituierung von Regierung und Opposition

Der Konstituierungsprozeß der Bundestagsfraktionen schlepppt sich dahin. Die Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU/F.D.P. werden sogar bewußt offen gehalten, es ist die Rede davon, daß manches auch nach der Kanzlerwahl und im Laufe der Legislaturperiode ausgehandelt werden könne. Damit geben die Parlamentarier der Koalitionsparteien ihr wichtigstes Mittel zur langfristigen Einflußnahme aus der Hand: die Wahl (oder Nichtwahl) eines Kanzlers aufgrund einer Koalitionsvereinbarung. Von der unübersichtlichen Situation profitiert, wer das Ohr des Regierungschefs und der Minister hat, das heißt die Verbände der Unternehmer und der besitzenden Klassen. Diese haben viel, die Öffentlichkeit hat wenig zu sagen.

Weil die Hauptsachen vorderhand noch intern verhandelt werden, belegen die von uns auf diesen Seiten zusammengestellten Dokumente bloß Randerscheinungen, die aber Rückschlüsse auf bedeutsame Meinungsbildungsprozesse in den jeweiligen Parteien zulassen.

Stichwort SPD / PDS (s. die Beiträge & Dokumente auf den Seiten 9 + 10)

Die Medien erwecken den Eindruck, die SPD in Mecklenburg-Vorpommern neige stark zur PDS und nur die Zentrale verhindere eine Zusammenarbeit. Der von der Landes-SPD aufgestellte, von der Landes-PDS zu unterschreibende Prinzipienkatalog spricht eine andere Sprache.

Die SPD verlangt als Grundlage für eine Zusammenarbeit die Anerkennung des Herrschaftsanspruches ihrer politischen Ideologie in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Sie verlangt vom Vorstand der PDS die Bereitschaft, Mitglieder der PDS zu maßregeln und die Partei im sozialdemokratischen Sinne zusaubern.

Die größte Gefahr für die PDS wäre wohl gewesen, angesichts dieser herrschaftlichen Zumutung das kritische Festhalten an der eigenen Geschichte, das eine große Errungenschaft ist, nach der einen oder anderen Seite hin aufzugeben. Einer solchen Entwicklung würde auch das Konzept der linken Diskurspartei zum Opfer fallen, denn wer die eigene Vergangenheit nicht kritisch beurteilt, wird die reale Kritik in der Gegenwart nicht als befriedend begreifen können, sondern bloß als Störfaktor.

Besonders weil die Presse abfällige Äußerungen aus dem PDS-Bundesvorstand über kleine und linke Parteigruppierungen aufklaubt, wo immer so was runterfällt, ist die klare und feste Haltung der PDS, ihre Bekenntnis zu einer linken Diskurspartei beeindruckend und, sagen wir es ruhig, tröstlich.

Vor dem Hintergrund des SPD-Abgrenzungsdokumentes fragt man sich, was will Scharping denn noch mehr? Was macht eine Mauer zwischen SPD und PDS für einen Sinn? Falls Scharping allerdings mit Repressionsmaßnahmen gegen die PDS rechnet oder liebäugelt, so ist die strikteste Isolation allerdings sinnvoll, ja unbedingt erfor-

derlich. Umgekehrt verstehen sich alle Arten Diskussionsangebot zwischen Sozialdemokraten und PDSlern auch als Kundgebung gegen Repressionsvorhaben.

PDS und Grüne: Begegnung im Widerstand (Seite 11 + 12)

Im Verhältnis PDS/GRÜNE springt eventuell eine Diskussion an, die auf die Klärung ähnlich gearteter politischer Positionen hinzweist. Eine Verbindung der beiden Parteien wird durch Bezug auf dieselben außerparlamentarischen, gesellschaftlichen Widerstandsbewegungen und deren Interessen vermittelt.

Beide Parteien können mit solchen Bewegungen erstarken und werden ohne oder gegen sie schwach bis zum Eingehen.

Der Problemkreis der Gestaltung der Arbeitswelt, der ökonomischen Rahmenbedingungen und der Verhältnisse am Arbeitsplatz ist bereits heute als das Feld erkennbar, auf dem sich die Kräfte für eine Ablösung des Rechtsblockes neu verständigen müssen.

Hier steht eine verbindende Diskussion zwischen SPD, PDS, Grünen, mit den Gewerkschaften und auch mit einigen der christlich orientierten sozialpolitischen Richtungen noch ganz am Anfang.

Wird die FDP für Faschisten zu einem offenen Heerlager der Rechten? (siehe Kasten)

Im Verhältnis parlamentarische/außerparlamentarische Rechte spinnen sich neue Beziehungen an. Die Initiative von Berliner F.D.P.lern unter Mitwirkung bzw. Führung des früheren Generalbundesanwaltes von Stahl (Bad Kleinen) versucht eine Placierung der FDP rechtsaußen. Dabei ist die Abwendung des Liberalismus vom Pluralismus der Lebensformen besonders abstoßend.

Es handelt sich um Anleihen bei den Theorien der Neuen Rechten, von Stahl selbst sagte im Fernsehen zu der Frage, ob er eine Art Haider-Partei wolle, sinngemäß: dies nicht, denn Haider wolle eine „Bewegung“, er aber wolle eine Partei...

Die REP entstanden seinerzeit aus einer Clique von CSU-Verteidigungspolitikern, die sich mit dem Fernsehmogul Schönhuber zusammenfand. Der zunächst sehr erfolgreiche Parteiansatz hat dem öffentlichen Druck nicht standgehalten, die Öffentlichkeit hat der rechten Propaganda mit guten Gründen eine Mitschuld an den Morden und der Gewaltserie gegen Ausländer angelastet.

Die Clique um von Stahl, auch hier mit Herrn Zitelmann von der Springer-Zeitung *Die Welt* ein bedeutender Medienmann vertreten, versucht, aus der FDP ein für Faschisten offenes Heerlager der Rechten zu machen. Diese Clique hat sich in den Apparaten der Staats sicherheit gefunden.

Auch FDP-Chef Kinkel kommt aus diesem Milieu. Seine Abgrenzung zur Öffnung nach rechts ist bis jetzt ganz lau. — (maf)

Aus: Berliner FDP-Thesen: „Abschied von Ideologien“

Wir Deutschen haben in diesem Jahrhundert leidvolle Erfahrungen mit der nationalsozialistischen und der kommunistischen Ideologie machen müssen. Nur eine geistige Offensive für Freiheit, Marktwirtschaft und Demokratie kann die Ergebnisse von 40 Jahren sozialistischer Indoktrination in der ehemaligen DDR zurückdrängen. Es ist erschreckend, daß nach wie vor 57 Prozent der Menschen in den neuen Bundesländern glauben, der Sozialismus sei eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt worden sei. In Westdeutschland hat die Linke anstelle des gescheiterten Marxismus neue ideologische Konzepte gesetzt, vor allem den Feminismus und den Multikulturalismus.

Der Feminismus hat mit dem Bestreben nach Gleichberechtigung im Sinne gleicher Chancen für Männer und Frauen nichts zu tun. Feministinnen wollen nicht Gleichberechtigung, sondern eine neue „Apartheid“. Quotierungsregelungen, Antidiskriminierungsgesetze und akademische Frauenforschung waren vielleicht gutgemeinte Ansätze, um Frauen mehr Chancen zu eröffnen, bewirken jedoch praktisch Diskriminierungen unter

umgekehrten Vorzeichen. Der F.D.P. sollte bewußt sein, daß Frauen derartige Hilfsmittel nicht benötigen.

Die von Grünen, PDS sowie Teilen der SPD und auch der CDU propagierte Ideologie der multikulturellen Gesellschaft lehnen wir ab. Sicherlich bringen viele der hier lebenden Ausländer auch eine Bereicherung unserer Kultur. Aber auch die negativen Er scheinungen, wie z.B. die erschreckend hohe und weiterhin steigende Ausländerkriminalität, dürfen nicht verdrängt und tabuisiert werden. Ziel muß es sein, den auch nach der Änderung des Asylrechtes sich fortsetzenden Asylmissbrauch einzudämmen und die hier friedlich lebenden Ausländer zu integrieren. Die Einführung einer doppelten Staatsbürgerschaft ist dabei keineswegs hilfreich — die F.D.P. sollte sich Bestrebungen zu ihrer Einführung widerersetzen.

Unterzeichner: Manfred Kittlaus (Leitender Polizeibeamter), Wolfgang Mieczkowski (MdA, Vorsitzender der F.D.P. Spandau), Alexander von Stahl (Generalbundesanwalt a.D.), Dr. Rainer Zitelmann (Publizist), Hans-Joachim Josewski (Bankdirektor)

BÜNDNIS 90/GRÜNE

Staatsbürgerschaft, § 218, Einwanderung und Asyl

Kerstin Müller von Bündnis 90/Grüne über Vorhaben der neuen Fraktion im Bundestag

Auch die Fraktion von Bündnis 90/Grüne im Bundestag hat ihre inhaltlichen Beratungen gerade erst aufgenommen und noch keine Festlegungen getroffen. Die Sprecherin der 49 Abgeordneten starken Fraktion, Kerstin Müller (gleichberechtigte Sprecherin mit Joschka Fischer), beschrieb am 24. November in einem Interview mit dem „Neuen Deutschland“ aber erste Vorhaben der Fraktion aus ihrer Sicht. Wir dokumentieren das Interview.

■ Wenn ich Bündnis 90/Grüne unter die linken Parteien der Bundesrepublik einreihe, würden Sie da widersprechen?

Nein, natürlich nicht.

■ Sie selbst werden zum linken Flügel der Grünen gezählt. Was unterscheidet Sie von der Mitte und dem entgegengesetzten Flügel?

Ich bin eine Linke. Aber ich habe immer gesagt, die Linken müssen eine Politik machen, die von links in die Mitte integriert. Wer das nicht unternimmt, unterliegt meistens.

■ Als im Januar 1993 auf der Bundesversammlung in Hannover die Vereinigung von Bündnis 90 und Grünen beschlossen wurde, fürchten Linke Ihrer Partei, daß sie untergehen würden. Das ist offensichtlich nicht geschehen.

Ich fand diese Angst übertrieben. Danach gab es im Februar 1994 den Mannheimer Parteitag. Dort hat eigentlich in

den meisten inhaltlichen Fragen Mitte-Links gewonnen. Dazu zähle ich Auflösung von Bundeswehr und NATO und ihre Überführung in eine gesamteuropäische Friedensordnung. Dazu kommt die Asylrechtsfrage. Wenn es uns auch wohl nicht gelingen wird, das Asylrecht wiederherzustellen, so müssen wir es doch wenigstens schaffen, die unmenschlichen Asylgesetze zu ändern und ein humanes Flüchtlingsgesetz einzuführen.

■ Sie haben angekündigt, daß Ihre Fraktion ein neues Recht zur Staatsbürgerschaft und ein Einwanderungsgesetz fordern wird. Mit wem wollen Sie das verwirklichen?

Es gibt Mehrheiten sogar bis zur FDP. Die FDP hat einen Entwurf für ein Gesetz zur Staatsbürgerschaft vorgelegt. Der geht weiter als der Entwurf von der SPD. Wir könnten gegen die Rechtsaußen von der CDU/CSU eine Reform durchsetzen. Ich hoffe, daß solch ein Gesetz eines unserer ersten Projekte wird. In dieser Frage müssen wir Farbe bekennen.

Allerdings hat die FDP schon signalisiert, daß dieses Vorhaben bei den Koalitionsverhandlungen mit CDU/CSU hintenüberkippt. Das fände ich sehr bedauerlich. Es würde zeigen, daß von der FDP als Bürgerrechtspartei wirklich nichts mehr übrigblieben ist.

■ Offen geblieben ist eine Lösung zur Unterbrechung von Schwangerschaften. Sie sind, nehme ich an, für die vollständige Streichung des Paragraphen 218. Was aber kann real in vier Jahren 13. Bundestag erreicht werden?

Fortsetzung nächste Seite oben

Fortsetzung von Seite 11:

Wir fordern die Streichung des 218, um das Selbstbestimmungsrecht der Frau hervorzuheben. Zu diesem Punkt gibt es sogar Passagen im Urteil des Bundesverfassungsgerichts, aus denen man etwas machen könnte. Aber wir finden diese Pflicht zur Beratung diskriminierend. Das ist für uns keine Diskussionsgrundlage. Ich denke, da sollten sich die Frauen aller Parteien hinsetzen und nach Wegen für eine reformierte Rechtsgrundlage suchen.

■ Eine solche Grundlage hat es ja bereits im vorigen Bundestag mit dem Gruppenentwurf von Abgeordneten aller Parteien gegeben. Der ist dann durch den Bundestag gekommen und an Kohl und seinen Anhängern gescheitert, letztendlich im Bundesverfas-

sungsgericht. Sehen Sie denn eine Mehrheit in der Gesellschaft, die eine Reform will?

Die Umfragen zeigen, daß eine Mehrheit zum Beispiel mit einer einfachen Fristenregelung, wie sie in der ehemaligen DDR existiert hat, überhaupt kein Problem hätte. Leider hat es nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts keine großen Aktionen gegeben. Das ist schade. Wichtig für eine Reform wäre, daß die Frauen noch einmal laut werden.

■ Hat es Sie eigentlich überrascht, daß zwei Tage nach den Wahlen der Chef eines Arbeitgeberverbandes, Murmann, forderte, den Sozialstaat abzubauen?

Überrascht nicht. Aber es ist eine unglaubliche Unverschämtheit, wenn im

Frühjahr erzählt wird, es existiert ein Standortproblem. Dann gibt es in den Wochen vor den Wahlen blühende Landschaften mit Konjunktur und Arbeitsplätzen, die dadurch angeblich neu geschaffen werden. Und zwei Tage nach der Wahl wird diese Debatte Standort wieder ausgegraben. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat gesagt, der Standort Deutschland ist nicht gefährdet. Das Argument gefährdet Standort ist aber immer benutzt worden, um soziale Standards abzubauen. Es ist immer benutzt worden, Debatten über verkürzte Arbeitszeiten zu verhindern. Ich nehme an, Kohl wird die Vorschläge Murmanns als Stellvorlage für Kürzungen im Sozialbereich nutzen. Da entsteht dann die Frage, wie sich die SPD im Bundesrat verhält.

■ Wie will Ihre Partei die Massenarbeitslosigkeit bekämpfen?

Durch ökologischen Umbau könnte etwa eine Million neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Wir fordern weiter eine radikale Verkürzung der Arbeitszeit. Wir unterstützen die Gewerkschaften bei ihren Verhandlungen um die 30-Stunden-Woche. Das mit Ausgleich für die unteren Lohngruppen. Es sollten, wie zu Zeiten von Rot-Grün in Niedersachsen geschehen, Arbeitsförderbetriebe geschaffen werden, die vor allem den Langzeitarbeitslosen zugute kommen. Nach Aussagen des DGB könnte durch öffentlich geförderte Beschäftigungen allein eine Million neuer Arbeitsplätze geschaffen werden.

Nachdruck aus: „Neues Deutschland“, 25. Oktober 1994

PARTEI DES DEMOKRATISCHEN SOZIALISMUS (PDS)

„Veränderung beginnt mit Opposition“

Auszüge aus den „Vorhaben der PDS im 13. Deutschen Bundestag“

Die neu gewählte Bundestagsgruppe der PDS hat erste Beratungen über ihre Konstituierung und ihre Mitarbeit in den verschiedenen Ausschüssen des Bundestages geführt. Inhaltliche Festlegungen wurden noch nicht getroffen. Hier Auszüge aus den vor den Wahlen veröffentlichten „Vorhaben der PDS für den 13. Deutschen Bundestag“.

Stefan Heym wird als Alterspräsident den 13. Deutschen Bundestag eröffnen. Es spricht damit ein Schriftsteller, ein Oppositioneller, ein Kämpfer gegen den Nationalsozialismus, ein Weltbürger, ein Mensch aus dem Osten, ein Sozialist. Die neue Legislaturperiode beginnt mit einem Zeichen der Hoffnung — für eine andere Politik.

Wir wissen, daß die PDS-Fraktion auch im kommenden Bundestag als linke Oppositionspartei nicht einmal in die Nähe einer Mehrheit kommt. Als Opposition werden wir aber die etablierten Parteien dazu bringen, sich mit Themen und Initiativen auseinanderzusetzen, die für viele Menschen wichtig sind.

Zehn Vorhaben der PDS für den neuen Bundestag:

de Umverteilung der Arbeit und eine generelle Verkürzung der Arbeitszeit, eine tiefgreifende Reform des Steuer- und Abgabenrechts einschließlich einer Entprivilegierung des Finanzkapitals zugunsten des produktiven Kapitals. Notwendig sind mehr Wirtschaftsdemokratie und die Schaffung von mehr neuen Arbeitsplätzen durch ökologischen Umbau der Wirtschaft statt ökologisch unverantwortlicher und ökonomisch sinnloser Großprojekte.

2. Transrapid stoppen — Umwelttechnologien schaffen

Wir werden im Bundestag neue Initiativen für einen ökologisch verantwortungsbewußten und sozial gesicherten Umbau der Industrieproduktion und der Landwirtschaft einbringen.

Durch Umwelttechnologien werden Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen. Es geht auch um regionale Kreisläufe, die sinnlose Transporte vermeiden, wie es generell erforderlich ist, die Transporte von der Straße auf die Schiene zu verlegen. Das Sero-System der DDR zur Verwertung und Nutzung von Altstoffen ist neu zu beleben und bundesweit einzuführen.

Der Transrapid markiert derzeit einen Scheideweg: Erhält eine ökologische Neuorganisation des Verkehrs in absehbarer Zeit eine Chance — oder nicht? Deshalb wird die PDS-Fraktion im 13. Bundestag mit dazu beitragen, das Transrapid-Projekt rückgängig zu machen.

Wir brauchen den Einstieg in eine Ressourcen schonende Nutzung von Energiequellen, eine Dezentralisierung der Energiewirtschaft, einen Verzicht auf das Atomprogramm und ein ökologisches Verkehrsprojekt.

3. Mehr unmittelbare Demokratie — für eine ostdeutsche Kammer

Die PDS-Abgeordneten im 12. Deutschen Bundestag haben sowohl bei der Abstimmung über den Vertrag von Maastricht als auch in der Verfassungsdiskussion Initiativen für mehr Demokratie und Bürgerrechte, für Volksentscheide gestartet. Wir werden auch künftig im Bundestag Regelungen für Volksinitiativen, Volksbefragungen und Volksentscheide fordern.

Die PDS-Abgeordneten im 13. Deutschen Bundestag werden sich für die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und die Einführung einer dritten Stimme bei Bundestagswahlen einsetzen. Mit der dritten Stimme bei Bundestagswahlen sollen Bürgerinnen und Bürger anlässlich von Bundestagswahlen zugleich über Sachfragen und die Verwendung eines Teils des Bundeshaushaltes direkt entscheiden können.

Wir werden auch künftig die Herabsetzung des Mindestalters für die Ausübung des aktiven Wahlrechts auf 16 Jahre fordern.

Bis zu einem wirklichen Angleichen der Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland werden wir für die Schaffung einer demokratisch gewählten Ostdeutschen Kammer eintreten, die durch Initiativ- und Einspruchsrechte gegenüber dem Bundestag in die Lage versetzt wird, ostdeutsche Interessen wirksam wahrzunehmen.

(...)

6. Gleichstellung der Frau — Gegen Diskriminierung bei Schwangerschaftsabbruch

Keine Frau darf bei einer ungewollten Schwangerschaft inquisitorischen Befragungen unterzogen werden. Für den Schwangerschaftsabbruch müssen die Krankenkassen aufkommen. Verhütungsmittel sollen kostenlos abgegeben werden. Das ist im Rahmen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum 218 möglich. Dafür setzt sich die PDS ein. Im übrigen bleibt sie bei ihrer Forderung: ersatzlose Streichung des 218.

Es sind Quotenregelungen für Einstellungen und Entlassungen im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft, mit denen die Einstellung und Beschäftigung von Frauen gefördert werden, notwendig.

Die PDS-Fraktion wird das Recht für Kinder auf einen Kindergarten- oder -krippenplatz einfordern. Das Erziehungsgeld muß erhöht werden. Kinder haben das Recht auf ein höheres Kindergeld. Im Rahmen der Steuerreform müssen Alleinerziehende bzw. Familien mit Kindern begünstigt werden.

7. Aktionsprogramm gegen Armut — Die soziale Grundsicherung

Immer mehr Menschen sind arm. Immer weniger können die Kommunen Armut mildern. Deshalb wird die PDS-Fraktion dem 13. Bundestag ein bundesweites Aktionsprogramm gegen Armut vorlegen.

Ein Gesetz zur sozialen Grundsicherung, das weiter auf der Tagesordnung bleibt, hat sie bereits in den letzten Bundestag eingebracht; PDS-Fraktionen in

den ostdeutschen Landtagen haben sich um eine entsprechende Initiative des Bundesrates bemüht. Dringend ist notwendig,

— neben anderen arbeitsplatzschaffenden Maßnahmen eine Eingliederungshilfe für Erwerbslose, Mittel für spezielle Projekte und Lohnkostenzuschüsse für Langzeitarbeitslose aus dem Bundeshaushalt zu gewähren;

— die niedrigen Renten so aufzustocken, daß keine Rentnerin und kein Rentner mehr auf das Sozialamt angewiesen ist;

— Zwangsräumungen sind zu unterbinden, und Obdachlosigkeit muß überwunden werden, Wohnungslose erhalten ein Recht auf Wohnraum, das Recht auf menschenwürdiges Wohnen muß in der Verfassung verankert werden.

8. Rassismus und Rechts-extremismus bekämpfen

— Abschiebestopp für Flüchtlinge; gleiche Rechte für Einwanderinnen und Einwanderer.

Flüchtlinge aus Bürgerkriegs- und Krisengebieten sollen Aufnahme in der Bundesrepublik finden. Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien, aus Kurdistan und anderen bedrohten Gebieten dürfen nicht abgeschoben werden. Ihr Leben ist in Gefahr. Die PDS wird sich im 13. Bundestag erneut für einen generellen Abschiebestopp für diese Menschen einsetzen.

Darüber hinaus wird die PDS, um Rechtsunsicherheit und Kriminalisierung von Zehntausenden Flüchtlingen zu überwinden, sich für die Regelung sogenannter Altfälle einzusetzen.

Ausländische Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeiter, die in der DDR tätig waren, dürfen nicht abgeschoben werden. Das geltende Asyl- und Ausländerrecht gewährt Flüchtlingen kaum mehr Schutz. Deshalb wird die PDS-Fraktion die Alternative wachhalten: Offene Grenzen für Menschen in Not.

Die bereits ausgearbeiteten Initiativen der PDS zur Gestaltung des Zusammenlebens im Einwanderungsland Deutschland — wie das Antirassismusgesetz, zum Ausländerwahlrecht, zur Doppelten Staatsbürgerschaft und zur Einführung eines Gedenktages an die Opfer des Holocaust — bleiben weiterhin aktuell und werden dem Bundestag erneut vorgelegt.

(Hier aus Platzgründen nicht dokumentiert sind die Abschnitte „4. Mietpreisbindung von Wohnungen und Gewerberäumen“, „5. Keine Diskriminierung der Ostdeutschen — Rettung der ostdeutschen Landwirtschaft“, „9. Keine weltweiten Bundeswehreinsätze — stattdessen Rüstungsexport verbieten“ und „10. Umbau des Steuersystems“.)

Gefahr aus dem Hinterhof

Dirk Schneider über die Hetze von Innensenator und „Junge Freiheit“ gegen die PDS Kreuzberg

Das PDS-Büro in Kreuzberg gerät zusehends ins Fadenkreuz der Rechten. Allem Anschein nach ist es Innensenator Heckelmann selbst, der für Munition sorgt.

Während die PDS Kreuzberg in ihrem neuen Büro im 3. Hof in der Dieffenbachstraße zwischen sich türmenden Wahlkampfmaterialien noch in ihren Umzugskisten kramte, entdeckte ein aufmerksamer Beobachter in der *Berliner Morgenpost* vom 9. Oktober einen alarmierenden Artikel. „Ist das Kreuzbüro in der Dieffenbachstraße mehr als nur eine PDS-Anlaufstelle? — Behörden vermuten eine Vernetzung links-extremer Gruppen“, lauten die Überschriften. Heckelmann, heißt es abschließend, habe angekündigt, daß zum Jahresende entschieden werden solle, ob die PDS vom Verfassungsschutz mit nachrichtendienstlichen Mitteln behandelt wird. Der als Herr der Schlapphüte zt. suspendierte Senator versucht es mit Einschüchterungsgesten und dem Vorzeigen der staatlichen Machtmittel. Im Klartext meint er nämlich, daß die PDS wegen ihres linksextremistischen — sprich staatsfeindlichen — Charakters mit Wanzen, Telefonüberwachung, Spitzeln und Einflußagenten überzogen werden müsse. Erschrocken reibt sich so manche(r) die Augen. Warum solch Getöse gegen eine in Westberlin sehr kleine Partei mit einer angesichts der massiven Ausgrenzung in allen gesellschaftlichen Bereichen nur geringen

Praxis und Wirksamkeit? Alles nur Wahlkampfgetöse? Viel Lärm um nichts?

Die *Morgenpost* versucht, eine angebliche Gefährlichkeit der PDS dadurch an die Wand zu malen, daß sie das Büro in der Dieffenbachstraße als eine Schaltstelle extremistischer Bestrebungen darstellt. Der verantwortliche Redakteur fabuliert dabei, angeblich gestützt auf „Erkenntnisse von Sicherheitsbehörden“, munter drauflos. Er siedelt im PDS-Büro Gruppen an, die dort nie gesehen wurden (AntiFa Genclik), oder rückt die angeblich autonome Gruppe „Kreuzberger Bündnis — Opposition von unten“ (KOB) in PDS-Nähe, obwohl KOB 1992 putschistisch installiert wurde, um gegen die PDS Wahlkampf zu machen. Nach den Wahlen verschwand KOB sofort wieder in der Versenkung.

Gruppen, die tatsächlich die Räume in der Dieffenbachstraße nutzen, werden in der *Morgenpost* entsprechend der Negativbezeichnung „linksextrem“ abfällig charakterisiert. Von der UnterstützerInnen-Gruppe der im Kaindl-Prozeß Angeklagten wird behauptet, sie bemühe sich, „das laufende Hauptverfahren in Moabit als politischen Schauprozess darzustellen und seinen Ablauf zu stören“. Das Schlimme am Berliner GNN-Verlag, der zum Bund Westdeutscher Kommunisten gehört, ist offensichtlich, daß dieser die „proletarische Revolution“ propagiere.

Was es schwer macht, den *Morgen-*

post-Artikel als miesen Wahlkampfbeitrag einfach zu ignorieren, ist die Tatsache, daß er in fataler Weise einem längeren Artikel in dem Fascho-Blatt *Junge Freiheit* Nr. 39 vom 23. Sept. 1994 gleicht. Es liegt sogar nahe, daß der Autor der *Morgenpost* bei den Faschos abgeschrieben hat. Er übernimmt beispielsweise Anmerkungen über die Verknüpfung von „Kreuzbüro-Verein“ und PDS-Büro, obwohl diese seit Sommer dieses Jahres nicht mehr bestehen.

Die *JF* macht ihren Text mit dem gleichen Interpretationsmuster auf wie die *BM*. Die *JF* behauptet, daß die PDS die autonome AntiFa „vernetzen“ wolle, und geht detailliert auf angebliche oder existierende Verbindungen ein z.B. zwischen den UnterstützerInnen der Angeklagten im Kaindl-Prozeß, dem GNN-Verlag und der PDS. Unter der Überschrift „Die Volksfront marschiert“ analysiert das Blatt anhand verschiedener Zitate, daß die PDS versuche, sich zum „Sammelbecken aller linksextremistischen Kräfte“ zu machen. Dabei täte sich eine „Gruppe mit trotzkistischer Ausrichtung“ besonders hervor, „in der als Scharfmacher die Brüder Harald und Udo Wolf agieren“.

Warum die Faschos und Frank Möller, der Autor des *JF*-Artikels, die Verbindungen zwischen AntiFa-Gruppen und der PDS so genau beäugen und dabei möglicherweise auf Quellen von „Sicherheitsbehörden“ zurückgegriffen haben, die allgemein nicht zugäng-

lich sind, wird erkennbar, wenn Möller seine Schlußfolgerungen zieht. Er meint, „über den Antifaschismus findet die Linke wieder zueinander“. Das erscheint ihm aus seiner nationalistischen Sicht deshalb so gefährlich, weil es sich um einen neuen Antifaschismus handele, „dem es längst nicht mehr um die Bekämpfung eines bestimmten Gesellschaftsmodells geht, sondern um die Zerstörung der Nation“.

Das zeitliche Zusammentreffen und die inhaltlichen Übereinstimmungen zwischen den Veröffentlichungen in der *JF* und der *BM* können kaum als Zufall angesehen werden. Erinnert sei nur an die engen Verbindungen von Heckelmanns früherem Pressesprecher Bonfert mit dem Fascho-Blatt. Der Verdacht drängt sich auf, daß Heckelmann „Erkenntnisse“ von Berliner Sicherheitsbehörden gezielt lanciert, um linke Gruppen und PDS zu diskreditieren.

Die Verbindungen von Rechtsradikalen, Polizei und Politik haben hierzu lande traurige Tradition. Es ist schon erschreckend, in welchem Maße sich auch die SPD in den Sumpf hat ziehen lassen, als sie nicht die Kraft aufbrachte, Heckelmanns Rücktritt aus der Politik durchzusetzen. Dieser Senator ist als Garant für den Schutz von Demokratie und Verfassung eine einzige Zumutung. Heckelmann muß gehen.

Dirk Schneider ist Mitglied der PDS Kreuzberg (aus: „Gegendruck“, Zeitung der PDS-Kreuzberg).

GNN-Verlage

Herbsttagung, 21. 10.

1. Vertreten durch Belegschaft und/oder Beirat waren die GNN Schleswig-Holstein/Hamburg, die GNN Niedersachsen/Bremen, die GNN Berlin (West), die GNN Politische Berichte (NRW/Hessen), die durch Zusammenlegung der GNN Bayern mit der GNN Baden-Württemberg entstandene GNN Süd und die GNN Sachsen.

2. Zur wirtschaftlichen Entwicklung der Verlage:

a) Die 1992 gegründete GNN Sachsen tritt sich weiterhin selbst. Sie ist mit den Westverlagen durch Arbeitszusammenhänge verbunden, nicht durch Finanzierungszusammenhänge.

b) Die West-GNNs steuern auf eine Dekoration der Kosten durch kalkulierte, ausgewiesene Leistungen hin. Gegenwärtig gibt es noch sehr viele Produkte, die nicht konkret kalkuliert und bezuschußt werden, sondern aus dem Fonds „Spenden für den GNN-Verlag“, was undurchsichtig ist und bereinigt werden soll. Es wurde vereinbart, daß bis Ende November die bei den GNN-Verlagen typischerweise erhältlichen Leistungen in einer Kalkulationstabelle ausgewiesen werden. Die aus dem Sammelbeitrag „Spenden für die GNN-Verlage“ bezuschußten Projekte erhalten eine Aufstellung, aus der hervorgeht, welche Kosten das Projekt bei GNN verursacht, welche Einnahmen durch Preise vorliegen, welche direkten Zuschüsse der Herausgeber ggfls. gezahlt werden und welcher Betrag — geschätzt — aus der GNN-Spenden-Sammlung zugeschossen wurde.

3. Zur Preisgestaltung: Es muß den verschiedenen Herausgebern überlassen bleiben, in welchem Verhältnis sie Deckung durch Erlöse und Deckung durch Zuschüsse anstreben.

Der Verlagsverbund hat jedoch darauf zu achten, daß den jeweiligen Herausgebern bzw. Herausgebergruppen

zutreffende Kostenkalkulationen vorgelegt werden, so daß eine indirekte, ungewöhnliche Bezugshaltung unterbunden wird.

4. Struktur des Verbundes: Die Zusammenlegung zur GNN Süd hat sich dort günstig ausgewirkt. Mit einem ganztags erreichbaren Büro in Stuttgart und einem Teilzeitbüro in München kann die GNN Süd ein regionales Leistungsangebot gewährleisten. Die Verwaltungskosten sinken, und der höhere Umsatz erlaubt genauere Kostenrechnungen. Es wurde angeregt, daß Möglichkeiten zu einer Zusammenlegung auch zu einer GNN Nord und zu einer GNN Ost von den jeweiligen Betroffenen erörtert werden sollten.

5. Technik: Die nach wie vor rasche Entwicklung der Datentechnik hat uns zu einer Verschiebung der entsprechenden Arbeiten gezwungen. Es geht jetzt nur noch ausnahmsweise (Vertrieb) um eigene Programmierung und -pflege. Im Normalfall müssen auf dem Markt vorhandene Programme ausgewählt, eingerichtet, angepaßt werden. Für diese Arbeit einen eigenen Fonds zu unterhalten, ist nicht mehr sinnvoll. Der Software-Fonds wird nach dem 31.12.94 nicht mehr fortgeführt. In Zukunft werden folgende Leistungen angeboten:

- Anschluß an das von den Redaktionen genutzte Mailboxsystem,
- Unterstützung bei der Einrichtung und Anwendung dafür empfohlener Programme,
- Zugang zu den elektronisch archivierten Texten der verschiedenen Periodika bei GNN.

Die Gebühren hierfür werden nicht über 5 DM pro Monat betragen.

Wegen des Einzugs ist im Gespräch, für die Politischen Berichte und u.U. auch für andere GNN-Periodika ein um diese Leistung erweitertes Abo einzurichten. Ein konkretes Angebot soll bis im Dezember ausgearbeitet sein und auch hier veröffentlicht werden.

Für die Herstellung der Druckvorlagen bleibt einstweilen GNN-Text als

nach wie vor kostengünstiges und für unsere Anforderungen qualitativ ausreichendes Herstellungsverfahren in Benutzung. Auf mittlere Frist, d.h. in ca. zwei Jahren, ist aber die Ablösung des Programmes GNN-Text erforderlich, da die angewendete Belichtertechnik dann veraltet und im Unterhalt zu teuer sein wird.

Leider eignet sich die für den Copy-Printer angebotene Schnittstelle für Postscript für uns nicht (zu teuer im Ankauf, zu schlechte Qualität in der Grundschrift und zu lange Verarbeitungszeiten bei integrierter Bildverarbeitung).

Wir halten Umschau nach einem Text- und Bildverarbeitungssystem, das am Ende Grafikdateien liefert.

6. Investitionen: Vereinbart wurde, von dem Buchhaltungsprogramm die neueste Version anzuschaffen.

7. Nächster Termin: Die nächste Tagung findet im Mai/Juni 1995 statt. — (maf)

POLITISCHE BERICHTE

Arbeitskreis tagte

Die Auflage der *PB* ist soweit stabil, in Verlagskreisen sagt man dazu stagnierend. „Wo ist eigentlich der Markt?“ fragte ein Herausgeber und verwies darauf, daß im linken Publikum, in denen die *PB* verkauft werden, eine Unzahl von anderen Zeitungen angeboten werden. Z.B. stehen den Mitgliedern der PDS zahlreiche Publikationen zum Erwerb zur Verfügung. Insofern müsse man damit zufrieden sein, wenn sich die Zeitung halten könne, auch wenn man hinter der Qualität des Blattes eine höhere Auflage vermutet.

Eine Herausgeberin meinte, daß die *PB* mit dem neuen Format zu viel lange Artikel hätten. Es dürfe nicht nur ein Artikel pro Seite veröffentlicht werden. Obwohl öfter darüber gesprochen wurde und Redaktion und Herausgeber eine Änderung betrieben, ist noch keine

Verbesserung erzielt worden.

Länger wurde über die Verbesserung der Teile Diskussion/Dokumentation und Aus Kultur und Wissenschaft gesprochen. Viele Redakteure seien zeitlich sehr belastet, so daß es nicht einfach ist, für diesen Teil Artikel zu bekommen. Auch die Autorenbetreuung ist zeitaufwendig. Darüber hinaus ist eine Diskussion und Auseinandersetzung über strittige Positionen im Diskussionsteil nicht so einfach, weil mit viel Arbeit verbunden. Die Meinungsvielfalt ist größer geworden, und die politischen Erfahrungen sind unterschiedlich. Ein Nebeneinander ohne Diskussion ist auf die Dauer nicht gut und irritierend.

Redaktion und Herausgeber verstündigten sich darauf, daß eine Belebung des Diskussionsteils durch eine interne Diskussion zur Herstellung eines Meinungsbildungsprozesses im Kreis von Herausgebern und Redaktion gefördert werden könne. Es müsse auch möglich sein, die Meinung anderer Redakteure kennenzulernen, bevor ein Artikel fertiggestellt wird.

In den nächsten Monaten soll die Auseinandersetzung mit der Formierung des reaktionären und konservativen Regierungslagers im Mittelpunkt stehen. Zahlreiche Projektvorschläge wurden in der Diskussion aufgeworfen.

Das Mailbox-Netz soll für Zusammenarbeit von Redaktion und ständigen Mitarbeitern stärker genutzt werden.

Die Redaktion soll sich an die festen Autoren mit einem Anschreiben wenden, um festzustellen, ob diese Autoren sich an das Mailbox-System anschließen wollen und ob sie als feste „Mitarbeiter“ eingestuft und zur nächsten Tagung eingeladen werden wollen.

Die nächste Tagung des Arbeitskreises findet am Samstag, dem 4. März '95, statt.

Die Herausgeber beschlossen eine Anhebung der Portopauschale für die Zeitung von 0,50 DM auf 1,00 DM, weil die Postgebühren gestiegen sind und der Spendenbedarf für die Zeitung nicht erhöht werden soll. — (jöd)

Die Rolle der Rüstungsindustrie in der BRD und speziell in Baden-Württemberg

Jürgen Grässlin (Rüstungs-Informationsbüro) stellt „Ulmer Thesen“ vor

Im Rahmen einer Veranstaltung in Ulm stellte Jürgen Grässlin, der Vorsitzende des Rüstungs-Informationsbüros Baden-Württemberg (RIB) e. V., am 20. Oktober folgende „Ulmer Thesen“ der Öffentlichkeit vor. Darin wird auf die Rolle der Rüstungsindustrie in der Bundesrepublik Deutschland, in Baden-Württemberg und in Ulm eingegangen.

Die folgenden Thesen sollen die Aufgabe erfüllen, in der gegebenen Kürze einen Überblick über die aktuelle außen- und rüstungspolitische Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland zu vermitteln, die Konsequenzen für die zukünftigen Beschaffungen der Bundeswehr und den Rüstungsexportmarkt darzustellen sowie daraus resultierende Schlüssefolgerungen für Baden-Württemberg — mit Schwerpunkt Industriestandort Ulm — zu ziehen.

1. Außen- und friedenspolitische Entwicklung der BRD

1.1 Anfang der neunziger Jahre ist der im Nachkriegsdeutschland allseits akzeptierte Konsens seitens der CDU/CSU-FDP-Bundesregierung gebrochen worden, wonach deutsche Soldaten lediglich zur Verteidigung eingesetzt werden sollen (Art. 87a GG). Damit wurde über Art. 24 GG (Einordnung in ein System gegenseitiger kollektiver Sicherheit) der entscheidende Schritt zur Legitimierung einer neuen, militärisch definierten Außenpolitik vollzogen. Die NATO sowie die WEU/Westeuropäische Union wurden zu einem System kollektiver Sicherheit uminterpretiert und damit auf eine Stufe mit der UNO und der KSZE gestellt, was zu deren Schwächung führt.

1.2 Mit der Änderung der NATO-Strategie (Rom, November 1991), den Verteidigungspolitischen Richtlinien (Volker Rühe, November 1992), dem Weißbuch der Bundeswehr (Volker Rühe, April 1994) und dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts (Karlsruhe, Juli 1994) können nunmehr deutsche Soldaten bei Zustimmung des Deutschen Bundestages mit einfacher Mehrheit auch bei Kampfeinsätzen out of area eingesetzt werden. Die Legitimationskrise der NATO nach dem Ende des Ost-West-Konflikts soll nunmehr durch die neue Strategie eines Interventionsbündnisses behoben werden.

1.3 Die Struktur der Bundeswehr wird den „veränderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen“ angepaßt (Weißbuch 1994, S. 93). Neben den Hauptverteidigungskräften und der Militärischen Grundorganisation werden „präsente Krisenreaktionskräfte“ (KRK) aufgestellt. Diese haben bei der Ausrüstung „Priorität“ (a. a. O., S. 103). Für die Out-of-area-Einsätze der KRK wird derzeit eine völlig neue Generation von Handfeuer- und Großwaffen entwickelt.

1.4 Auch im Bereich der Rüstungsexporte verfolgt die Bundesregierung eine Politik militärischer Stärke. So ist die Bundesrepublik Deutschland laut Angaben des UN-Waffenregisters 1993 zum weltweit zweitgrößten Exporteur konventioneller Waffensysteme avanciert. Die CDU/CSU-FDP-Bundesregierung propagiert seit Jahren eine „restriktive

Rüstungsexportpolitik“. So heißt es in den Politischen Grundsätzen der Bundesregierung vom April 1982: „Der Export von Kriegswaffen ... wird nicht genehmigt, es sei denn, daß ... im Einzelfall vitale Interessen der Bundesrepublik Deutschland für eine ausnahmsweise Genehmigung sprechen.“ Dennoch wurden und werden Waffen, Rüstungs- und Dual-Use-Güter legal (Genehmigung Bundessicherheitsrat, Bundesausfuhramt in Eschborn) in Krisen- und Kriegsgebiete exportiert.

1.5 Gerade bei den neuen Großwaffensystemen besteht aus Gründen der Kostenminimierung und der Gewinnorientierung der systemimmanente Zwang zum Export, zumindest in andere NATO-Staaten und NATO-assoziierte Staaten. Die düsteren Erfahrungen der Vergangenheit haben belegt, daß auch ein Export deutscher Waffen in Spannungsgebiete und der dortige Einsatz — oftmals auf beiden Seiten der verfeindeten Armeen (z. B. im 1. Golfkrieg: Iran gegen Irak) — vorprogrammiert ist.

Mit der sogenannten Lamers-Initiative versuchen Abgeordnete der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die „Harmonisierung“ der Rüstungsexportgesetze auf EU-Ebene voranzubringen, was de facto einer weiteren Entschärfung der bundesdeutschen Exportgesetzgebung gleichkäme.

2. Proklamierter „Rüstungsbedarf“ bis zum Jahr 2005

2.1 Nach dem Zusammenbruch der Warschauer Vertragsorganisation konnte in der Bundesrepublik von einer drastischen Reduzierung der Truppenstärke der Bundeswehr sowie des Einzelplans 14 (EP 14) ausgegangen werden. Damit standen auch sämtliche militärischen Großprojekte zur Disposition.

2.2 Aufgrund der Umstrukturierung der Bundeswehr wird in den kommenden Jahren eine weitere Reduzierung der Truppenstärke (auf ca. 300 000 bis 350 000 Mann) vorgenommen. Dabei wird die Schlagkraft zukünftiger Armeen nicht länger von einer hohen Personalstärke, sondern vielmehr von deren Flexibilität und deren High-Tech-Bewaffnung abhängig sein. Die Phase quantitativer Abrüstung (Bundeswehr) geht mit qualitativer Aufrüstung (Waffensysteme) einher.

2.3 Entgegen den proklamatorischen Verlautbarungen des Bundesministeriums für Verteidigung (BMVg) bezüglich konsequenter Abrüstung wird die mittelfristige Finanzplanung des Verteidigungsetats zumindest bis 1997 auf einem Niveau von ca. 47,5 Milliarden DM „verstetigt“. Die verteidigungsintensiven Ausgaben für Forschung, Entwicklung, Erprobung und militärische Beschaffungen werden nach einer Reduzierung Mitte der 90er Jahre (1992: 10,8 Mrd. DM, 1995: 7,8 Mrd. DM) in den folgenden Jahren erneut ansteigen (1996: 8,3 Mrd. DM, 1997: 8,5 Mrd. DM). Der Umsatz der bundesdeutschen Rüstungsindustrie (im engeren Sinne) beläuft sich laut vertraulicher Aufstellung des Statistischen Bundesamtes auf 9 bis 10 Mrd. DM (1992).

2.4 Mit den für die Rüstungsindustrie kalkulierbaren und ausreichenden Zuwendungen und einem europäischen Sy-

stem „harmonisierter“ — d. h. entschärfter — Rüstungsexportkontrolle soll die Rüstungsindustrie in der Bundesrepublik weiterhin die Basis für die laut Bundesregierung „notwendigen“ Mindestkapazitäten erhalten. Aufgrund der Tatsache, daß im Rüstungsbereich de facto keine freie Marktwirtschaft, sondern eine kapitalistische Planwirtschaft herrscht (BMVg als fast ausschließlicher Auftraggeber, i. d. R. eine potentielle Firma als Hauptauftragnehmer), gehen die Geschäftsführer rüstungsproduzierender Unternehmen schon heute fest davon aus, militärische Großaufträge in Milliardenhöhe zu erhalten.

2.5 Dabei wollen sie von einer neuen Waffengeneration profitieren:

Für die Krisenreaktionskräfte wurden von Heckler & Koch/Oberndorf das Sturmgewehr G 36 und das Maschinengewehr MG 36 entwickelt.

Die DASA-Tochter Dornier entwickelt mobile elektronische Melde-systeme für die KRK. Für das Wechseldarlsystem MULTI ist ein Allradträgerfahrzeug vorgesehen. Neu angeschafft werden sollen der Minenräumpanzer Keiler, der Pionierpanzer Dachs und „langfristig eine Panzerschnellbrücke 2“. Der vorhandene Schützenpanzer M 113 soll von MTU, ZF u. a. „krisenreaktionsfähig“ umgebaut werden. Ab 1998 soll die neue Panzerabwehrhauptzette 2000 mit der Suchzündermunition SMART angeschafft werden. Im Hubschrauberbereich werden der Transporthubschrauber PAH 2, der NATO-Hubschrauber NH 90 und der UHU für die KRK angeschafft. Mit dem Future Large Aircraft / FLA soll die Luftwaffe ein neues Transportflugzeug erhalten. Der Jäger 90/Eurofighter 2000 soll als Tornado-Nachfolger die Funktion eines Abfangjägers erfüllen. Auch im Bereich der Marine sollen Fregatten und Zerstörer nachgerüstet sowie Minensuch- und Minenjagdboote angeschafft werden.

3. Auswirkungen auf den Industriestandort Baden-Württemberg

3.1 Diese neuen Aufträge für die deutsche Rüstungsindustrie werden einen Auftragsschub mit sich bringen, der letztendlich Rüstungskonversion verhindert und statt dessen Rüstungsproduktion — insbesondere in Süddeutschland — auf Jahrzehnte hinaus sichert. Da die Entscheidungen über die Frage der Forschung, Entwicklung und Serienfertigung dieser neuen Waffensysteme auf politischer Ebene gefällt werden, war das Ergebnis der Bundestagswahl vom 16. Oktober 1994 — gerade für die rüstungsproduzierenden Unternehmen in Baden-Württemberg und Bayern — von immenser Bedeutung.

3.2 Eine Auftragsstudie des Ifo-Instituts in München ergab, „daß im Durchschnitt der Jahre 1980—1989 bei der Anreihung der Inlandsaufträge der Bundeswehr nach Ländern Bayern mit 33,6 Prozent der Aufträge an der Spitze steht, gefolgt von Baden-Württemberg mit rund 18 Prozent“.

Baden-Württemberg zählte in den vergangenen Jahren bezüglich des Wertes der Direktaufträge der Bundeswehr an baden-württembergische Unternehmen zu den Kernländern Deutschlands. Da-



bei mußten baden-württembergische Rüstungsproduzenten innerhalb von fünf Jahren einen drastischen Rückgang der Zuwendungen von 15,9 Mrd. DM (1988) auf 8,0 Mrd. DM (1993) hinnehmen. Für mittelständische Unternehmen ist dieser Einbruch nicht festzustellen.

3.3 Von diesen und den neuen Beschaffungsaufträgen des BMVg profitierte und profitiert insbesondere die Daimler-Benz AG mit Sitz in Stuttgart-Möhringen/Baden-Württemberg. Dank den Einnahmen des Daimler-Tochterunternehmens Deutsche Aerospace/DASA mit Sitz in München ist die Daimler-Benz AG zum größten deutschen Rüstungskonzern (gemessen am Umfang der Rüstungsproduktion und des Exports) avanciert. Der Schwerpunkt liegt im Bereich der teilmilitärischen „Luft- und Raumfahrtindustrie“.

Daimler-Benz erzielt insgesamt einen Anteil von rund 9 Prozent mit der Produktion und dem Export von Waffen und Rüstungsgütern. Vom Gesamtumsatz der DASA sind 1993 18,6 Mrd. DM (das entspricht 29 Prozent) auf die militärische Fertigung entfallen.

3.4 Insgesamt ist 1990 die Zahl der von der Rüstungsproduktion abhängigen Arbeitsplätze in Baden-Württemberg auf ca. 60 000 bis 70 000 geschätzt worden. Allgemein wird davon ausgegangen, daß in Baden-Württemberg rund ein Fünftel aller bundesdeutschen Arbeitsplätze angesiedelt sind. Nach Angaben der baden-württembergischen Landesregierung und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie/BDI sind seit 1990 „in der militärisch ausgerichteten Produktion rund 100 000 Arbeitsplätze (von 280 000 auf 180 000) verloren gegangen. Für 1994 wird bundesweit ein weiterer Rückgang um 30 000 bis 40 000 Arbeitsplätze prognostiziert.“

3.5 Laut BDI seien weitere 40 000 bis 60 000 Arbeitsplätze in Gefahr, wenn die Exportkontrollen nicht wieder „auf das Maß vor dem Golfkrieg“ (1990) zurückgeschraubt würden.

Demgegenüber konnte der Hamburger Friedensforscher Peter Lock in einer Studie für das Kinderhilfswerk der hommes belegen, daß auf dem Rüstungsmarkt ein Subventionskrieg stattfindet und Rüstungsexporte lediglich durch staatliche Subventionen rentabel sind. Gesamtwirtschaftlich seien Rüstungsexporte mit Verlusten verbunden, da „insgesamt unter Kosten verkauft“ werde. Auch das Argument, die Entwicklung militärischer Spitzentechnik bringe der gesamten Wirtschaft Nutzen, erweise sich als Legende: „Die Rüstungsindustrie zeichnet sich durch geringe technologische Flexibilität und einen hohen unproduktiven Kostenaufwand aus.“

4. Auswirkungen auf den Industriestandort Ulm

4.1 Bis zum Zeitpunkt der deutsch-deutschen Vereinigung war die Region

Donau/ Iller — wie keine andere in Deutschland — abhängig von wehrtechnischen Aufträgen. Nach dem Ende des Kalten Krieges und dem damit verbundenen Einbruch im investiven Bereich des Verteidigungsetats mußten Arbeitsplätze auch bei den Ulmer Rüstungs- bzw. Dual-Use-Güterproduzierenden Unternehmen abgebaut werden. Im Jahr 1993 erhielten Unternehmen im Kreis Ulm Bundeswehraufträge im Wert von 166,2 Millionen DM. Sie lagen damit nach den rüstungsproduzierenden Unternehmen im Bodenseekreis an zweiter Stelle in Baden-Württemberg.

4.2 Die globale politische Umbruchphase verstärkte gerade in der Region Ulm den Druck zur Konversion auf das zu rund 90 Prozent rüstungsproduzierende Unternehmen Deutschen Aerospace/DASA (sowie die Tochtergesellschaften Eltro GmbH und Telefunken Sendertechnik GmbH) sowie auf die DASA-Tochter AEG (Militäranteil bis 40 Prozent). (Da der militärische Fertigungsanteil des Faustfeuer- und Handfeuerwaffenproduzenten Walther unter 5 Prozent gesunken ist, stellen die Beschaffungsaufträge aus dem BMVg eine zu vernachlässigende Größe dar. Die Firmen Anschütz und Krieghoff stellen heute lediglich noch Sportwaffen her.)

Die im Nutzfahrzeugbereich tätige IVECO-Magirus AG und die Kässbohrer Fahrzeugwerke GmbH / Mercedes-Benz AG, welche allerdings lediglich einen Rüstungsanteil von unter 5 Prozent ausweisen (Dual-Use-Güter Militärfahrzeuge bzw. deren Bestandteile sowie Motoren und Aufbauten etc.), stehen unter massivem Druck der Rezession im Nutzfahrzeuggeschäft. Die geplante Übernahme von Kässbohrer durch die Mercedes-Benz AG und die Frage der ab 1995 erwarteten Neueinstellungen hängen u.a. von den politischen Entscheidungen auf EU-Ebene ab.

4.3 Auch bei der Deutschen Aerospace/DASA in Ulm hat sich deutlich gezeigt, daß insbesonders die Geschäftsleitung kein Interesse an realer Konversion (im Sinne der vollständigen Umstellung der militärischen auf eine sinnvolle, sozial- und ökologisch verträgliche Fertigung) besitzt. Sinnvolle arbeitsplatzsichernde Alternativen zu Rüstungsproduktion und -export wurden und werden bei der DASA in Ulm bislang nur halbherzig verfolgt.

Statt der notwendigen Konversion wurde versucht, Diversifikation (Erweiterung der Produktpalette im zivilen

len Sektor) vorzubringen und dabei gleichzeitig das militärische Stammgeschäft durch die Bildung von militärischen „Profitcenter“ zu stabilisieren.

4.4 Im Bereich der militärischen Profitcenter sollen bei der Fertigung von Boden-/Schiffssystemen, Funk- und Bordsystemen sowie von Flugkörper-Elektronik aufgrund von Rationalisierungsmaßnahmen statt der bislang rund 3800 Arbeitnehmer (1993) lediglich noch rund 2500 Menschen (1998) beschäftigt werden. Dennoch prognostiziert die DASA für den Produktbereich VS Sensorsysteme lediglich eine Umsatzverminderung von rund 850 Millionen auf rund 700 Millionen DM in besagtem Zeitraum.

4.5 In diesen fünf Jahren wird sich der Anteil der Beschäftigten in der zivilen Fertigung nur minimal von rund 1100 auf rund 1250 erhöhen. Der zivile Geschäftsanteil soll innerhalb von fünf Jahren auf lediglich ca. 40 Prozent aufgestockt werden. Damit sind angesichts der absehbar fortschreitenden Reduzierung des EP 14 weitere Entlassungen von Beschäftigten im Bereich der Militärelektronik eindeutig prognostizierbar.

4.6 Mit der Einweihung des neuen Forschungszentrums in Ulm (im Dezember 1993) strebt die Daimler-Benz AG eine „Investition in die Zukunft“ (Edzard Reuter) an. Dank der langjährigen Unterstützung der CDU-Landesregierung ist Ulm zur „Forschungsstadt“ geworden. Der Anteil der Daimler-Militärforschung liegt bei ca. 10 Prozent.

4.7 Die Autoren der Studie „Potentialabschätzung für die Konversion von Militärelektronik auf Verkehrstechnik“ (Europäische Initiative KONVER / Hans-Böckler-Stiftung, Stuttgart, Oktober 1994) stellen fest, „daß eine Konversion in der Region unter Einbeziehung des Know-hows von Mitarbeitern der DASA Ulm als wesentlicher wehrtechnischer Betrieb große Aussicht auf Erfolg“ hätte.

Die konkrete Umsetzung wird durch eine „beispiellose Auflistung von Machbarkeitsvorschlägen“ im Sektor der Verkehrstechnik „unter Ausnutzung des bereits vorhandenen Netzwerkes der Region“ ermöglicht.

4.8 Mitte der 90er Jahre verspielt die DASA-Geschäftsführung in Ulm ihre reelle Chance auf Konversion im Produktionsbereich VS Sensorsysteme. Statt der konsequenten Umstrukturierung auf sinnvolle nichtmilitärische

Verkehrsprojekte wird die „Stabilisierung des militärischen Stammgeschäftes“ (Firmenstrategie) angestrebt. Der „intensive Ausbau ziviler Aktivitäten“ wird verbal proklamiert, jedoch nicht mit der nötigen Konsequenz vorangetrieben.

Resümee: Änderung der Rahmenbedingungen nötig

5.1 Eine Vielzahl von Konversionsprojekten, die in Baden-Württemberg (z.B. bei Mauser und Heckler & Koch in Oberndorf, bei Junghans in Schramberg oder bei Dornier in Friedrichshafen) von Gewerkschafts-, Kirchen- oder Friedensorganisationen und Einzelpersonen initiiert wurden („Konversion von unten“), scheiterten immer wieder am mangelnden Willen der Geschäftsleitungen der rüstungsproduzierenden Unternehmen sowie der für Rüstung günstigen bundespolitischen Rahmenbedingungen. Nur in Einzelfällen können zumeist begrenzte Erfolge (KIT-Projekt bei ANT in Backnang) vorgewiesen werden.

5.2 Die Änderung der Rahmenbedingungen ist dringend vonnöten. So lange sich Rüstungsforschung, -entwicklung und -fertigung dank der nachhaltigen Unterstützung seitens der Bundesregierung finanziell lohnen (Forschungsförderung, finanzielle Absicherung, gesicherte Waffenabnahme etc.), bleibt die „Konversion von oben“ eine visionäre Zielvorstellung.

5.3 Um die notwendige Rüstungskonversion tatsächlich einzuleiten und nicht länger das Scheingefecht mehr oder minder effektiver Diversifikation zu betreiben, müssen konsequente Schritte zur Änderung der Rahmenrichtlinien vollzogen werden. Hierzu zählen insbesondere die Umwandlung des bisherigen Verteidigungsministeriums in ein Ministerium für Abrüstung, Konversion und zivile Friedensdienste sowie die entsprechende Umwidmung des Verteidigungs- in einen Konversionsetat.

Jürgen Grässlin ist Vorsitzender des Rüstungs-Informationsbüros Baden-Württemberg und Sprecher des Dachverbands der Kritischen AktionärInnen Daimler Benz. Kontakt: Rüstungs-Informationsbüro Baden-Württemberg, Postfach 5261, 79019 Freiburg, Tel. und Fax 07665 / 51868 (Text aus CL-Netz)

TERMINE

12.11. Arbeitstagung / Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft für antifaschistische Kommunalpolitik, Frankfurt, Haus der Jugend. Beginn 9 Uhr, bis 19 Uhr. Bitte Anmeldung bei Feuling, Paulstraße 13, 69469 Weinheim.

26./27.11. Jahrestagung — Arbeitskonferenz der Volksfront und a.o. Bundeskongreß zur Beschußfassung über den Satzungsentwurf. Köln, JH K.-Deutz.

5. — 8.1.95 Linke Winterschule in Schnepfenthal, Thüringen. Themen: Wirtschaft: Betriebsverfassungsgesetz der PDS und Organisation der Selbstverwaltung, Memorandum 94 u.a. Geschichte: Übergang von Konservatismus zu Faschismus anhand aktueller und historischer Beispiele Philosophie: Auseinandersetzung mit Nietzsche. Anmeldungen ab sofort bei: GNN-Verlag, Palmalle 24, 22767 Hamburg, z. Hd. Christiane Schneider

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik — erscheint vierzehntäglich. Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zülpicher Straße 7. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 50670 Köln, zur Zeit verboten), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 120722, 68163 Mannheim), Jörg Detjen (über: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln), Martin Fochler (über: GNN, Schwanthaler Str. 139, 80339 München), Christiane Schneider (über: GNN, Palmalle 24, 22767 Hamburg), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz), Werner Thümmler (über GNN, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eingang C, 10967 Berlin).

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion / Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Redaktionsanschrift: GNN-Verlag, Postfach 260226, 50515 Köln. Hausadresse: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373, Datentelefon (nur für GNN-Programme): 0221 / 246915.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373. Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 37010050, Konto Nr. 10419-507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 32,50 DM (Förderabo 39,- DM), ein Jahresabonnement kostet 65,- DM (Förderabo 78,- DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 39,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: Tribüne Druck GmbH, 12435 Berlin.

Nachrichtenverbindungen: Berlin: GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eingang C, 10967 Berlin, Tel. 030 / 6949257, Fax: 030 / 6949454.

Hamburg: GNN-Verlag, Palmalle 24, 22767 Hamburg, Tel. 040 / 381393, Fax: 040 / 3898331.

Hannover: GNN-Verlag, Grenzweg 4, 30165 Hannover, Tel. 0511 / 3520816.

Köln: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373.

München: GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Tel. 089 / 5026541, Fax: 089 / 5028112.

Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 034204 / 65711, Fax und Dat.-Tel. 034204 / 65893.

Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711 / 624701, Fax: 0711 / 621532.

Einen Mercedes gibt es für jeden Einsatz und jedes Gelände.

Aus der Serie des größten Nutzfahrzeugherstellers in Europa mit dem vielseitigsten Programm erhalten auch die Bundeswehr und andere Armeen ihre Transportfahrzeuge. Alles, was Mercedes-Benz Lkw in aller Welt erfolgreich macht, gilt auch für die Verwendung im militärischen Bereich: eine Qualität, die für härteste Bedingungen geschaffen ist, und ein Programm, das auf jeden Einsatz.

Robuste, langlebige Motoren mit einem sicheren Kühlsystem und das dichteste Kundendienstnetz mit der größten Werkstatt-Kapazität aller Lkw-Hersteller in Europa.

Mercedes-Benz

Daimler-Benz AG, Stuttgart-Uнтерföhrheim, Zentralvertrieb Behörden
5300 Bonn 1, Tempelstr. 6, Tel. 02221 / 218021, Fax: 886751, dabbh.d

Kulturindustrie?

Yo!

Kritische Bemerkungen zum HipHop

Krisen hinterlassen auch im kulturellen Überbau, besonders in der Kunst, Spuren. Ausdruck solcher Krise ist zumeist Inhaltsabstraktion und reiner Formalismus, wobei diese Tendenzen durchaus fruchtbar für die Kunst sein und zu neuen Entwicklungen führen können. Gegenwärtig scheint diese Krise die bürgerliche Kunst aber im Kern zu treffen: Eine Musik, die nicht für den hörenden und tanzenden Menschen komponiert, fängt mit esoterischer Spinnerei und weltfremdem Klingklang an. Nun ist aber gerade in bezug auf die Musik eine Besonderheit festzuhalten, die einen hier keineswegs von einer Krise reden läßt: Ausgerechnet die Musik, die sich als bürgerliche Kunst doch in absoluter Isolation befindet und einen Endpunkt ihrer Entwicklung erreicht zu haben scheint, ist doch jene Kunst, die maßgeblich unseren Alltag durchdringt: Überall hören wir Musik, und sei es unfreiwillig aus dem Radio des Nachbarn oder als beiläufige Untermalung des Films; im Bereich der Unterhaltungsindustrie sind es neben dem Fernsehen wohl die Plattenfirmen, die den größten Umsatz machen; und schon zwei TV-Sender bringen 24 Stunden täglich Musikvideos. Kann da von einer Krise gesprochen werden? Wie kann überhaupt die populäre Musik im Lichte sozialer Krisen gedeutet werden? Hat Popmusik lediglich die Funktion von sozialem Kitt, oder ist sie auch Sprengstoff als Ausdruck der unterdrückten Massen? Und wenn ja: Welche politische Reichweite hat solcher Ausdruck — werden durch Musik andere Menschen politisiert, oder verhindert das Musikmachen nicht eher das politische Engagement als ein Ventil für Frustrationen?

Gegenwärtig stellt sich diese Frage in der Analyse der Bedeutung der Hip-Hop-Musik: Sie trägt sowohl die Merkmale einer Gegenkultur, ist das eigentümliche Ausdrucksmittel von sozial deklassierten Jugendlichen, ist zum Teil sehr politisch; ebenso ist diese Musik aber auch eingebunden in krude Marktstrategien und wird, gerade als Symbol von jugendlicher Rebellion, zum Beispiel zum effizienten Mittel der Werbung. Gleichzeitig gibt es in dieser Musik auch einige Inhalte, die ob ihres rassistischen und sexistischen Charakters keineswegs als emanzipatorisch gedeutet werden können. Diese geradezu paradoxale Struktur drückt sich zudem in dem Verhältnis von „schwarzen“ Produzenten und „weißen“ Hörern aus, das heißt darin, daß eine künstlerische Ausdrucksform von stark Diskriminierten und Entrichteten vorwiegend von sozial bessergestellten, aufstiegsorientierten Mittelklasse-Jugendlichen konsumiert wird; nicht zuletzt wird damit auch das Flair von Rebellion vermarktet.

Eine kritische Theorie hat zunächst nach der Bedeutung solcher Einzelphänomene für die Gesamtgesellschaft zu fragen, hat also die Bedeutung von Hip-Hop im Kontext vom Grundverhältnis von Kunst und Gesellschaft zu deuten. Als Werkzeug bietet sich hier die Theorie der „Kulturindustrie“ an, die Adorno und Horkheimer in ihrem Buch *Dialektik der Aufklärung* entwickelt haben. Bezeichnet ist damit, inwiefern im Kapitalismus alle Kultur und Kunst zur Ware wird. Das heißt, die ästhetische Funktion von Kunst ist über die Mecha-

nismen des kapitalistischen Marktes vermittelt und erlangt eine neue politische Dimension. Adorno und Horkheimer reden bezüglich der Kulturindustrie von einer „Aufklärung als Massenbetrug“; daß durch technische Medien — Rundfunk, Fernsehen, Schallplatten etc. — heutzutage alle Kunst für jeden frei zugänglich ist, bedeutet keineswegs eine Demokratisierung der Kultur. Vielmehr wird im Namen der Kultur eine Propagandamaschinerie entfaltet, die dem Menschen eine Scheinwelt des Glücks, jenseits der Mühsal von Arbeit, vorgaukelt. Neu an dieser Entwicklung ist nicht die Verzahnung von Kunst mit ökonomischen Interessen, denn schon in der Antike war Geld ein bestimmender Faktor der Produktion und Verbreitung der Kunst. Neu ist, daß das einzelne Kunstwerk selbst vom Warencharakter durchdrungen wird. Statt komplexer Werkstruktur (einer Sinfonie etwa) sind Einfalt, Wiedererkennungswert und Effekt das vorherrschende Prinzip. Auch die Struktur, wie wir Kunst wahrnehmen, ändert sich. Nicht länger wird das konzentrierte und reflektierte Hören von Musik gefördert, sondern Unterhaltung und zerstreuernder Konsum. Die großen Werke der Musik werden durch die Medien schließlich so oft wiederholt und auf markante Themen reduziert (Beethovens Fünfte oder Neunte als bestes Beispiel), daß auch sie bloß noch konsumiert zu werden brauchen.

Die eins-zu-eins übertragene Anwendung der Kulturindustrie-Theorie Adornos und Horkheimers auf den Hip-Hop läßt nur ein vernichtendes Urteil zu: HipHop ist Kulturindustrie wie keine andere Musik. Indem dieses eine Mu-

Aktuelle Literaturhinweise:
Günther Jacob, *Agit-Pop. Schwarze Musik und weiße Hörer. Texte zu Rassismus und Nationalismus — HipHop und Raggamuffin*, Berlin / Amsterdam, 1993
Dietrich Diederichsen (Hg.), *Yo!*

Hermeneutics! Schwarze Kulturkritik. Pop, Medien, Feminismus, Amsterdam / Berlin 1993
Stasa Bader, *Worte wie Feuer. Dance Hall Reggae und Raggamuffin*, zweite erweiterte Auflage, Neustadt 1992

sik ist, die wesentlich durch Techniken wie Sampling, Scratching und Loopen entsteht, also dem rhythmischen Zurückdrehen des Plattentellers, besteht sie fast nur aus Wiederholungen. Auch finden sich, indem die Musik auf Tanzbarkeit angelegt ist und in erster Linie der Unterhaltung zu dienen scheint, genügend Stereotypen sowohl in textlicher wie auch musikalischer Hinsicht: Musikalisch sind es bestimmte Beats, Klänge, Phrasen oder Effekte. Alles, vom industrial HipHop bis zum Dance Floor Jazz, also von den harten Hammerbässen bis zur seichten Verarbeitung des Bebops und Swings, klingt irgendwie ähnlich; überall liegt dasselbe Kompositionsprinzip zugrunde. Einzelne Songs unterscheiden sich lediglich durch markante Soundeffekte, die aber kompositorisch nicht mit der Gesamtstruktur des Liedes verbunden sind.

Damit ist aber über den HipHop längst nicht alles gesagt. Daß einerseits versucht wird, den HipHop für Werbezwecke einzubinden, andererseits in der Öffentlichkeit der HipHop auf die antisemitischen Äußerungen von Gruppen wie Public Enemy reduziert wird, bezeichnet zwei Seiten der Strategie des Vergessenmachens, daß HipHop eben auch eine unterirdische Geschichte hat: daß es zum Beispiel Gruppen wie Consolidated oder Senser gibt, die nicht nur inhaltlich-textlich dem kapitalistischen Rattenfängertrick immer einen Schritt voraus sind: Auch musikalisch ist gerade im HipHop weit mehr an künstlerischem Potential enthalten, als es beim ersten Hören scheinen mag.

HipHop ist eine erzählende Musik: Zu der tanzbaren gesampelten Musik bietet er dem Rapper die Gelegenheit, in

einfachen Reimen Geschichten zu erzählen. Auf Jamaica ist es etwa so, daß solche Rap-Erzählungen (der Rapper heißt dort Toaster und die Musik Raggamuffin: eine Symbiose von HipHop und Reggae) als behördlich nicht kontrollierbares Nachrichtensystem genutzt werden können. Gerade indem die Musik leicht wiedererkannt wird, kann der Hörer sich selbst beim Tanzen ganz auf den Text konzentrieren. In keiner Musik gibt es derzeit wohl soviel sprachliche Vielfalt — zu den Samples kann in jeder Sprache gesungen werden.

HipHop entfaltet seine musikalische Sprengkraft im „Dunkel des gelebten Augenblicks“ (Ernst Bloch) und ist zugleich historisch vermittelt. Gerade dadurch, daß durch die Technik des Sampling im HipHop auf schon bestehende Musik zurückgegriffen wird, entwickelt jeder Song eine Struktur, die mit Geschichte aufgeladen ist: Auch die Musik erzählt: Hier ist es ein Gitarrenriff von Jimi Hendrix, dort eine kleine Sequenz von Billy Cobham, dann ein paar Jazzsynkopen. Nicht über die aufgekotzerte Mode, sondern über diese geschichtlich vermittelte musikalische Dichte wirkt HipHop identitätsstiftend. Indem schließlich auf traditionelle Elemente zurückgegriffen wird, wirkt HipHop auch musikalisch internationalistisch: Gerade hier kann der ökonomische Markt die Verbreitung von traditioneller, bislang unbekannter Musik sogar unterstützen.

HipHop bricht mit allen Instrumentationsregeln der bürgerlichen Musik. Noch der Punk, der dem Dilettantismus huldigte, bediente sich gewöhnlicher Gitarren; der HipHop aber braucht diese Instrumente nicht, sondern funktioniert die Konsummaschine Plattenspieler in ein Instrument um, das durchaus eine gewisse Technik verlangt, um es bedienen zu können. Das Prinzip von Virtuosität und musikalischem Einfall ist ein ganz anderes als in der bürgerlichen Musik: Zunächst ist es eine Einfachheit, die es vielen „unmusikalischen“ Menschen erlaubt, sich musikalisch auszudrücken. Das sogenannte Freestyle-Rappen kann als spontane Stimmimprovisation gesehen werden, die es — bis auf den Jazz — in der bürgerlichen Musik bisher nicht gab und die auf volksmusikalische Traditionen zurückverweist. HipHop bietet zudem künstlerische Kollektivität in ganz anderen Dimensionen als eine klassische Rockband oder ein Orchester: Jeder kann mitmachen — von sich aus bringt diese Musik keine Stars hervor. In ihren Eigenarten ist diese Musik mit der Agit-Prop-Kunst der 20er Jahre zu vergleichen: Sie drängt zur politischen Aktion, sofern sie einmal aus politischer Intention gemacht ist. Ihre Inhalte werden nicht hinter der Musik versteckt, sondern die Musik ist direkter Ausdruck dieser Inhalte. Hier wird sich der gesamten technischen und ästhetisch-politischen Struktur der Kulturindustrie bedient, um in den Nischen eine Zersetzung dieser Strukturen vorzubereiten.

Gleichzeitig wird diese Zersetzungsfunktion der Musik gebannt: Kein Musikstil hat in den letzten Jahren wohl einen derartigen Aufwand erfahren, mit dem durch Mode, Vermarktung und Vernetzung mit seichter Discomusik, schließlich auch Stigmatisierung der „schwarzen“ und weiblichen Stars diese Musik depotenziert wurde. — (rob)

